1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr 43 vom 26. Oktober 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

## Diese Woche



## Der Kandidat

*Die FDP in Nordrhein-Westfalen hat ihn nun also endlich, ihren neuen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl. Der Herr Rohde soll's retten.*

*Probleme aber hat die FDP deswegen nicht weniger. Kaum gekürt, kam auch er schon in die Schlagzeilen. Dabei war er doch nur im Vorsitz einer wohltätigen Stiftung. Kann man denn dagegen etwas einwenden? Man kann. Wenn sich einer von dieser Stiftung für drei Sitzungen im Jahr mal eben so 20000 Mark auszahlen läßt, wenn er sich von dieser Stiftung ganz nebenbei in Aufsichtsräte entsenden läßt, dann ist da schon wieder das blanke Geld ein Hindernis einer FDP-Karriere. Nun ist zwar nicht unbekannt, daß seit langem „wohltätige Stiftungen" eine beliebte Tarnung kapitalistischer Geschäftemacher sind, aber so toll hätte der Kandidat es ja nun doch nicht zu treiben brauchen.*

*Sein Partei„freund" Herr Cronenberg, (der aus dem Bundestag mit seinen antigewerkschaftlichen Haßtiraden), Unternehmer seines Zeichens, hatte es ihm vorgemacht: Wegen seiner „Beziehungen nach Düsseldorf" fand er es besser, in der gegenwärtigen Lage nicht als FDP-Spitzenkandidat anzutreten...*

*Rohde meinte, er hätte doch alles geregelt. Schließlich hatte er in einem Schreiben bekanntgegeben, er verzichte auf die besagten Einkünfte. Was ihm soviel gar nicht weiterhilft: Das tat er erst am 1. Oktober, dem Tag nach der NRW-Kommunalwahl, als Möllemann schon fällig war...*

## Endspurt

**Endspurt ist angesagt — für die RM-billig-Aktion. 45 Billig-Abos für den Roten Morgen haben bisher Abnehmer gefunden. Wer jetzt noch zu denen gehören will, die ein ganzes Abo zum halben Preis beziehen, muß sich beeilen. Denn am Mittwoch, den 31.10.84 ist Schluß!**

**Also: nicht mehr lange zögern, sondern sofort bestellen — den RM für 1/2 Jahr für 15 DM, den RM für 1 Jahr für 30 DM.**

### Nun auch Barzel fällig. Und Kohl?

# Flick hinter Gitter!

**Am Montag, dem 22. Oktober, tagte die CDU im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Geheim. Keine Presse, selbst die Bediensteten wurden weggeschickt. Große Taktikdebatte? Oder mußte jeder erzählen, wieviel er vom „Herrenausstatter der Republik", aus der Flickschen Kasse bekommen hat? Die Lage für die CDU ist in der Tat nicht einfach. Tritt Barzel zurück, kann dies unter Umständen bedeuten, daß erst recht die „Frage Kohl" aufgeworfen wird. Bleibt er, kann dies bedeuten, daß der öffentliche Unwille gegen den Mann und seine Partei weiter anwächst. Geeinigt hatte man sich auf der Fraktionssitzung vom Donnerstag vorher nur auf eins: Zurückschlagen um jeden Preis.**

Auf jener Fraktionssitzung hatte der CDU-Abgeordnete Eylmann Barzel faktisch zum Rücktritt aufgefordert. Was dadurch Gewicht erhält, daß Eylmann Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist, der den „Teil" Steuerbefreiung nach §6b der Flickschen finanziellen Zuwendungen untersucht. Von daher dürfte er eine genauere Kenntnis der Aktenlage haben als mancher andere. Der Abgeordnete Haimo George (Wahlkreis: Siemens) beantragte daraufhin Schluß der Debatte, was Alfred Dregger ohne Abstimmung dann auch vollzog.

Heraus kam dabei nur die übliche Verteidigungstaktik der CDU-Oberen, die sie schon bei ihrem Amnestie-Coup und bei Lambsdorff praktiziert hatten. Gegenangriff, nichts zum Thema sagen, schimpfen, Verschwörungstheorien äußern (alles vom KGB?) und sich an — angblich — unsauberen Methoden festhalten. Der Bundeskanzler sah „eine großangelegte Verleumdungskampagne", Dregger „eine Schmutzkampagne", Barzel auch, die CSU beklatschte den hysterischen Rauswerfer Stücklen für den Ausschluß der beiden Grünen Abgeordneten Reents und Fischer (weil Reents gewagt hatte, Sachen im Bundestag zu sagen, die auf der Straße breit diskutiert werden), die Grünen wurden als Antidemokraten verteufelt (nach dem alten Motto, Demokrat sein heißt — von Flick? — leben und — andere auch? — leben lassen).

Seitenweise wurde in den Hausblättern der CDU, sei es die „Frankfurter Allgemeine" oder „Bild am Sonntag" über die antidemokratischen Methoden der Grünen gehetzt, durfte sich Schlammwerfer Geißler austoben, der ständig Nazis am Werk sieht, außer bei sich selbst.

### Die Barzel-Story

Dabei wird es, nach den neuesten Enthüllungen des „Spiegel" dieser Woche, der seinen Zugang zu den beschlagnahmten Flick-Akten voll ausnutzte, immer deutlicher, daß die Barzel-Story mindestens genau so sehr eine „Kohl-Story" ist. Ausführlicher und stärker dokumentiert als bisher wird dies in der Ausgabe dieser Woche nachgewiesen. Wiederlegt wird dabei Barzels Versuch, das Ganze als einen normalen politischen Vorgang zu bewerten. Er habe sich seinen Rücktritt überlegt, als die Fraktion in der Frage des UNO-Beitritts anders stimmte, als er es haben wollte. Nun ließe auch solch eine

Fortsetzung auf Seite 2

### Aktionen der Friedensbewegung am 20.10.'84

# 400 000 waren dabei




Mit dabei bei der Abschlußkundgebung in Bonn: Bundeswehrsoldaten

**400000 Menschen beteiligten sich an den Aktionen der Friedensbewegung am 20.10. Schwerpunkte der Aktionen: die Menschenkette von Hasselbach bis Duisburg mit zentraler Abschlußkundgebung in Bonn, der Friedensstern in Stuttgart und die Friedensversammlung in Hamburg. Inhaltlicher Schwerpunkt der Aktionen neben der Forderung nach dem Stopp der Raketenstationierung: der Kampf gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau.**

Der 20.10. machte deutlich: 1. die Friedensbewegung ist nach wie vor — trotz nicht ganz geschlossener Menschenkette — eine der größten Massenbewegungen und ein ernstzunehmender politischer Faktor. 2. Auffällig war die starke Beteiligung der Gewerkschaften an diesen Aktionen. 3. Wichtige Aspekte in den Reden auf den Kundgebungen für alle, die die Beschränkung der Friedensbewegung allein auf den Kampf gegen die Raketen nicht wollen: die Absage an den Verhandlungsschacher und die Forderung nach einseitiger Abrüstung; die Forderung nach rigoroser Senkung des Rüstungshaushalts; die Aufforderung, nicht nur gegen NATO-Waffen, sondern auch gegen die NATO selbst zu kämpfen (Antje Vollmer von den Grünen in Bonn).

## Heraus zur Nicaragua-Demonstration!

**Der Rote Morgen ruft seine Leser auf, sich möglichst zahlreich an der Nicaragua-Demonstration der Friedensbewegung zu beteiligen!**

**Samstag, 3. November**
**11.00 Uhr: Auftaktkundgebungen mit Kulturprogramm**
**— Bauten Ecke Gustav-Heinemann-Straße**
**— Josefshöhe**
**— Beuel: „Pützchen"**
**12.00 Uhr Abmarsch der Demonstrationszüge**
**14.00 Uhr Abschlußkundgebung im Hofgarten**

## Stahlkarussell dreht sich wieder neu!

**Nachdem es schon in den „gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen" seit längerem gemunkelt wurde, wurden am Mittwoch, dem 17.10.1984 auch die montanmitbestimmten Aufsichtsräte informiert: Krupp Stahl und Klöckner Stahl wollen unter Beteiligung des australischen Rohstoffförderers CRA, der bisher schon an Klöckner beteiligt war, fusionieren.**

Da die Sitzung der Aufsichtsräte nach Redaktionsschluß stattfindet, können wir das Ergebnis noch nicht berichten.

Klar ist nach den ersten vorliegenden Informationen, daß die neue Hauptverwaltung des nach Thyssen dann 2. größten Stahlkonzerns in der BRD in Bochum sein soll. Mehrere tausend Arbeitsplätze sollen erneut zur Vernichtung anstehen — insbesondere ist geplant, den Standort Georgsmarienhütte — gut 2000 Beschäftigte — ganz zu schließen.

Ein Hohn angesichts der Tatsache, daß ein dort neu gebautes Stahlwerk erst 84 in Betrieb ging — die Hälfte der 100 Millionen Mark Baukosten war aus dem Bonner Steuersäckel dazugeschossen worden — offenbar ein „verlorener Zuschuß", wenn es nach den Konzernplänen geht.

Die Interessen der Konzernherrn von CRA aus dem fernen Australien sind offensichtlich: Erzlieferungen sind geplant und zusätzlich ist da das hochinteressante Geschäft mit der Kohle — denn 1988 läuft der Hüttenvertrag der Stahlindustrie mit der RAG aus — freier Einkauf auf dem Weltmarkt ist dann möglich — Schließungen von Zechen und Kokereien würden dann erneut für das Revier auf der Tagesordnung stehen.

Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß die drei Konzerne der Bundesregierung angeboten haben, die Stahlwerke Peine-Salzgitter mit in den Bund aufzunehmen — zwecks Hoffnung auf größere Bundeszuschüsse. Hintergrund für diese Neuformierung in der Stahllandschaft — Thyssen und Hoesch sollen ja auch Gespräche führen — ist die ab 86 zu erwartende schärfere Konkurrenz national, EG-weit und weltweit. So bereiten sich z.B. die japanischen Stahlkonzerne auf diese Auseinandersetzung u.a. dadurch vor, daß sie massiv Beteiligungen an der US-Stahlindustrie erwerben.

## Kursbestimmung

Kursbestimmung hieß das Motto des CSU-Parteitags in München. Und das hieß im wesentlichen: noch mehr Wendepolitik. In der Innen- und Rechtspolitik, wo Strauß die angriff, weil sie Innenminister Zimmermann habe zum „Ankündigungsminister" werden lassen und die Durchsetzung der CSU-Forderungen im Demonstrationsrecht, in der Ausländerpolitik und beim neuen Personalausweis forderte. In der Wirtschaftspolitik, wo der Präsident des BDI, Rodenstock, als Leiter eines entsprechenden Arbeitskreises des Parteitags erklärte, daß die Politik der Regierung nicht weit genug gehe und damit vor allem das Arbeitsrecht und die Tarifabschlüsse meinte. In der sog. Deutschlandpolitik, wo der Parteitag beschloß, daß DDR-Bürger nicht mehr DDR-Bürger, sondern nur noch DDR-Bewohner heißen sollen u.a.m.

Einigermaßen neu war, daß der Protest gegen die Landwirtschaftspolitik von Ignaz Kiechle und die Umweltpolitik von Zimmermann selbst bis auf einen CSU-Parteitag drang. Zum Ausgleich dafür wurde dann ein anderes Problem, das mit Sicherheit alle 1100 Delegierten beschäftigte von den Starrednern des Parteitags, Kohl und Strauß, noch nicht einmal beim Namen genannt: Rainer Barzel nämlich.

## Maulkorb

Da sagt ein Abgeordneter im Bundestag, was die Spatzen in diesem unserem Lande von den Dächern pfeifen, daß nämlich der Weg Helmut Kohls an die Spitze von Fraktion und Partei von Flick freigekauft worden sei. Und was passiert? Der stellvertretende Bundestagspräsident (der eigentliche war nicht im Amt wegen eben dieser Flick-Millionen) schmeißt ihn raus. Und was passiert noch? Die SPD-Fraktion stimmt zwar am nächsten Tag gegen den Ausschluß des Abgeordneten Reents von den Grünen, aber nur, weil die Sozialdemokraten 5 Tage Ausschluß „unverhältnismäßig" finden. Und was passiert noch? Der Fraktionskollege Schily, ebenfalls von den Grünen, hat nichts Besseres zu tun als öffentlich zu erklären, daß man solche Dinge nicht sagen dürfe, bevor Herr Barzel vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß ausgesagt habe. Und wie nennt man das Ganze? Demokratie!

Daraus lernen wir: 1. In der Demokratie ist der Kanzler eine heilige Kuh. Wer das Gegenteil behauptet, begeht Gotteslästerung. 2. In der Demokratie kann der Abgeordnete frei seine Meinung sagen, er muß nur vorher fragen, ob sie Flick in den Kram paßt.

## Kompromiß

Nun haben sie ihn also gefunden, den so sehr gesuchten Kompromiß. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer auf ihrer Konferenz letzte Woche, Thema: Neue Medien, in erster Linie Privatfernsehen. Die Unionsparteien fühlen sich als Sieger. Ihr Ultimatum an die SPD-regierten Bundesländer „hat gefruchtet".

Späth und Dohnanyi gelten als die Väter dieses nun getroffenen Abkommens. Das — im wesentlichen — alles das vorsieht, was im CDU-Papier zu den neuen Medien gefordert worden war, zumindest was die unmittelbaren Sofortmaßnahmen betraf.

Daß gewerkschaftliche Positionen in dieser Frage von der SPD nicht vertreten werden würden, das war schon seit längerem klar geworden. Als Lüge entlarvt sind damit die Behauptungen der SPD-Bundesländer, ihre jeweiligen Kabelversuche gelten ausschließlich dem öffentlichen Fernsehen, mit „Privat" habe das nichts zu tun.

Der Kernpunkt der Forderungen, die ARD dürfe nicht mehr Werbung betreiben (also nicht in die kapitalistische Konkorrenz zu den privaten Anstalten gehen) wurde von der CDU durchgesetzt. Also bleiben den Bertelsmännern und Springern diese Einnahmen, müssen sie nicht in Wettbewerb treten, agieren sie staatlich geschützt.

Daß eine andere Position, etwa die der Demokratisierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten in dieser Versammlung erst gar nicht zur Debatte stand — das kann nun niemand überraschen.

**Impressum**

**Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD**

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

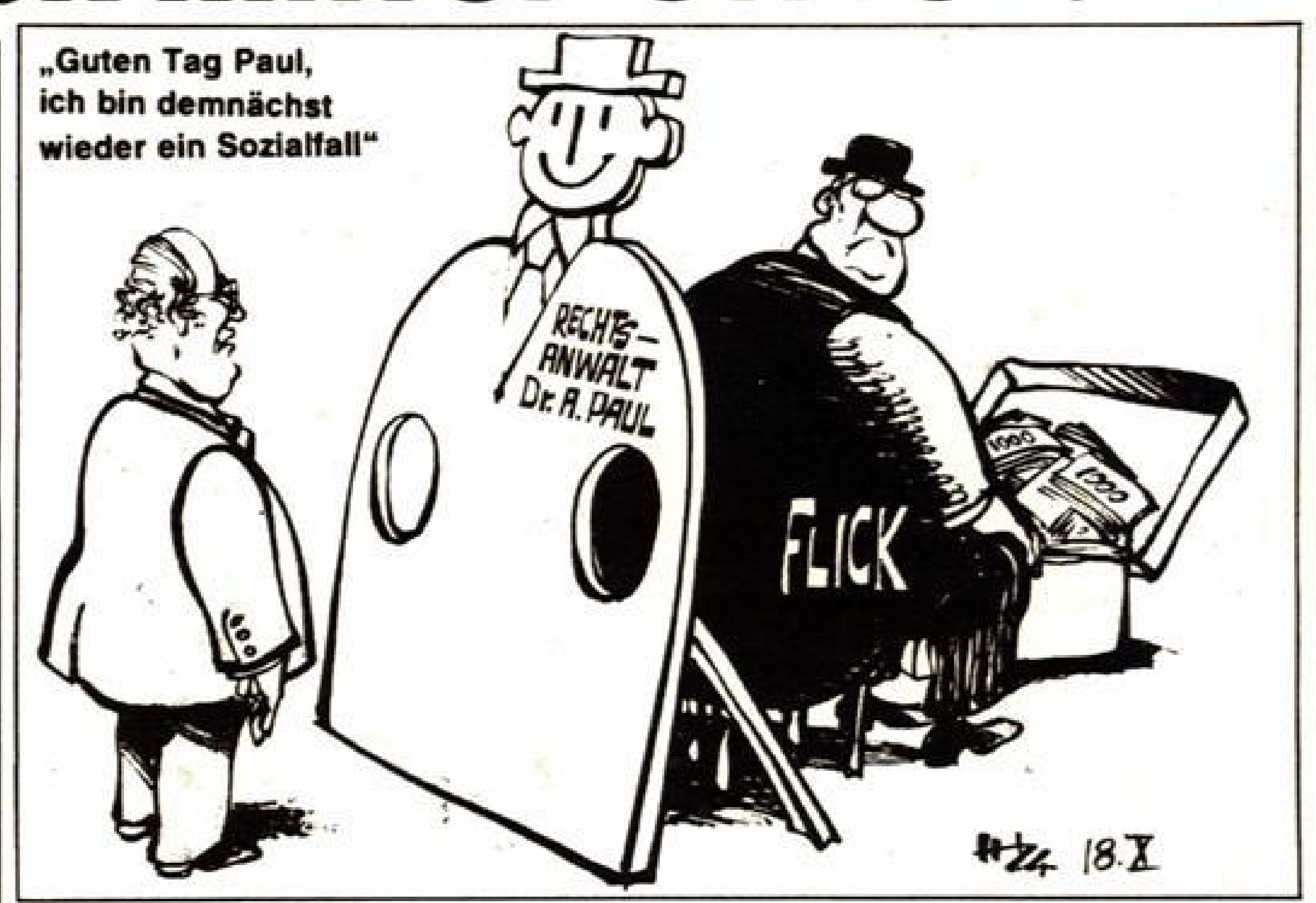
Fortsetzung von Seite 1

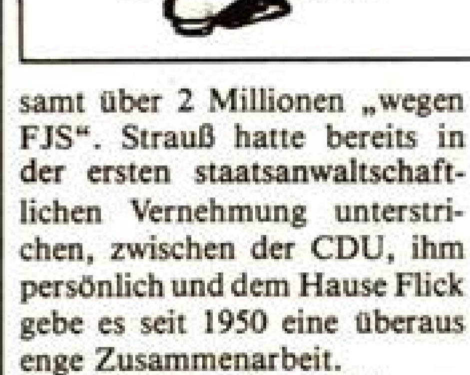
# Flick hinter Gitter!

Argumentation noch Fragen genügend offen, aber der zitierte Schriftwechsel des Flick-Topmanagers von Brauchitsch mit politischer Prominenz zeigt, daß es anders war. Von besonderem politischen Interesse sind dabei Aufzeichnungen des Herrn von Brauchitsch über ein Gespräch, das er am 15.4.1973 mit Kurt Biedenkopf führte. Biedenkopf, damals noch Manager im Henkel Konzern, war fest entschlossen, in die Politik zu gehen, an der Seite eines CDU-Vorsitzenden, der für ihn, nach Barzels politischen Schlappen („Mißtrauensvotum" 72, Neuwahl 72) nur noch Helmut Kohl heißen konnte.

Das geschah gerade eben zu jener Zeit, da sich Barzel anschickte, wieder um die Führungsposition der CDU zu kämpfen „der Kanzlerkandidat muß aus dem Bundestag kommen" — sein Rivale Kohl war Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz. Einen Monat nach der Absprache der Beauftragten von Flick und Henkel war der Kampf entschieden, faßte Barzel seinen „nächtlichen Entschluß". Nachdem Brauchitsch über die Springerpresse veröffentlichen ließ, was Herr Henkel ihm bereits am 7. Mai über Biedenkopf als Information zugespielt hatte: Daß Barzel nun nicht mehr automatisch mit Rücktritt als Fraktionsvorsitzender drohte für den Fall, daß er nicht den Parteivorsitz behielte.

Am selben Tag, da Barzel seinen Rücktritt ankündigte, schrieb er einen Brief an v. Brauchitsch, er wolle mit ihm über „die Zukunft" reden. Daraus muß dann die „Anstellung" bei der Frankfurter Kanzlei Pauls geworden sein, über die die Flickschen 1,7 Millionen an Barzel in den folgenden sechs Jahren flossen. Auch von der CDU her war „vorgesorgt" — seine besonders hohen Bezüge bekam er jahrelang teilweise weiter. An die eine Abmachung, daß die Partei für Barzel sorgen wolle (was offensichtlich eine ganze Reihe Abgeordneter gar nicht wußten), erinnerte sich sein Nachfolger Dr. Kohl. An die andere Seite, an die Flickschen Maßnahmen, dessen Generalsekretär Biedenkopf. Diese mehr als seltsame „Bewußtseinsspaltung" ist für jeden der beiden Anlaß zu beteuern, von der anderen Seite der Sache habe er nun aber bestimmt gar nichts gewußt …



## „Anderkonto 4643161"

Dieses Konto wurde von der Kanzlei Pauls für die Flickzahlungen an Barzel speziell eingerichtet. Daß dieses Geld nicht wegen Barzels „Arbeit" für Flick floß, war schon letzte Woche bekannt (siehe dazu auch den letzen RM).

Zumindest waren damit andere „Arbeiten" gemeint als Gutachten zu Papier zu bringen. Brauchitsch an seinen obersten Chef am 19.11.76: „Die konzertierte Aktion zwischen Schleyer und uns hat sich als nützlich erwiesen. Im Ergebnis hat sich Kohl nunmehr dazu bekannt, R.B. die Position des Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft im Bundestag anzutragen …"

Das Geld floß — an alle. 515000 DM tauchen in den Büchern direkt „wegen Dr. Kohl" auf, Beträge von insgesamt über 2 Millionen „wegen FJS". Strauß hatte bereits in der ersten staatsanwaltschaftlichen Vernehmung unterstrichen, zwischen der CDU, ihm persönlich und dem Hause Flick gebe es seit 1950 eine überaus enge Zusammenarbeit.

Daß dabei auch Gelder zur Unterstützung einer politischen Linie fließen, wie auch zur Unterstützung konkreter Aktionen, hielt Strauß damals für „normal". Er bestritt lediglich, daß damit ganz konkrete Dienste für das Haus Flick bezahlt werden sollte und das Geld an ihn persönlich gegeben worden sei. In dem jüngsten Material wird nun letztere Behauptung ebenfalls widerlegt: Zumindest eine — kleinere — Zahlung ging über den Münchner Bankier Ritter von Skirk. Im Unterschied zu allen anderen Zuwendungen zeichnet für das Geld „wegen Strauß" der Chef persönlich verantwortlich … Massenhaft Geld geflossen ist auch wegen Genscher. Ausgewiesen sind 1,1 Millionen in den Jahren 76 - 78. So konnte von Brauchitsch am 7.8.80 notieren: „Genscher ist bereit zu helfen. Genscher wird auf Uelner einwirken." Uelner — das war der Unterabteilungsleiter Steuer im Bundesfinanzministerium, der den Flickschen Antrag auf Steuerbefreiung nach § 6b bearbeitete … So in Unkenntnis Genschers, wie bisher betont, scheinen Lambsdorffs diesbezügliche Geschäfte also wirklich nicht gewesen zu sein.

Aber, wo Strauß recht hat, hat er recht. Zumindest teilweise. Es ging tatsächlich nicht nur, bei weitem nicht nur um konkrete Einzelentscheidungen oder gar nur um eine Milliardensteuerbefreiung. Es ging dem Hause Flick schon auch um die erwähnte „politische Linie".

## Programm-diskussion — mit Flick

In der Tat: Bei der Diskussion um die Fortschreibung des CDU-Wahlprogramms hatte von Brauchitsch selbstverständlichen Kenntnis des „streng vertraulichen" Arbeitsentwurfs einer CDU/CSU-Planungsgruppe. Hier kam die „Politische Stabsstelle der Geschäftsführung", Sitz Bonn mit den Herren Schmitz und Kanter auf die Bühne. Dieses „Büro" mit einem Jahresetat von 870000 Mark ausgestattet, berichtete von Brauchitsch, der am 5. September 74 ihre Stellungnahme als Brief an Biedenkopf weitersandte. Die „Mitbestimmung" wollte er aus dem Entwurf gestrichen sehen, dafür das Eigentum aufgewertet. Wenig erstaunlich: In der Endfassung sah es denn auch so aus.

Die beiden Herren, Schmitz einst Oberregierungsrat im Innenministerium, kümmerten sich um Tagungen des Zentralkomitees deutscher Katholiken ebenso wie um CDU/CSU-Planungsgruppen. Mit ihnen der CSU-Abgeordnete Reinhold Kreile, im Flickschen Aufsichtsrat. Der vom Konzern für seine Tätigkeit als „unabhängiger Abgeordneter" jährlich 400000 Mark kassiert.

Der Arm des Einflusses reicht quer durch die Republik. So gibt der „Spiegel" den Bericht wieder, den von Brauchitsch 1973 schrieb, als es darum ging, Auflagen des Landratsamtes Ravensburg gegen das Feldmühle Werk in Baienfurt (wegen Umweltschutzes) zu verhindern. Die Flicksche Verbindung lief über den früheren baden-württembergischen Minister für Bundesangelegenheiten, Seifriz, zu Hans Filbinger, der abermals auf seine Weise für Gerechtigkeit sorgte. Am 5. Oktober jenes Jahres konnte Brauchitsch berichten, „der sofortige Bezug ist aufgehoben worden", was das Ende der Sache war.

Ob es sich um die Flugreisekosten von Franz Josef Strauß handelte oder um die (verdeckte) Unterstützung seiner Kanzlerkandidatur, die Bayer war stets bevorzugt bedient. Geld bekamen alle, alle Bonner Parteien, auch die SPD (über die Friedrich-Ebert-Stiftung). Vor allem aber eben die CDU/CSU und jene Vertreter der FDP, von denen man einen Koalitionswechsel am ehesten erwarten konnte.

Die Liste derer, bei denen das Flicksche Wirken über steuerbegünstigte durch Tarnorganisationen „gewaschene" Spenden(groß)beträge hinausging, wird, je länger untersucht wird, desto länger. Lambsdorff. Nun Barzel. Nun Morgen: Genscher und Kohl. Und Strauß.

## Ein Puzzle geht auf …

„Die Herren Kohl und Gaddum werden von mir ebenso ausgestattet" — so schrieb es von Brauchitsch. Und die Prominenz der heutigen Regierungsparteien ist nicht nur mit Geld, sondern auch mit Wünschen der Geldgeber ausgestattet worden. Kohls Versprechen, er werde dafür sorgen, daß alle Geldgeber eine weiße Weste behalten, blieb unerfüllt — daß er das Versprechen gab, bestätigte der Industrielle Madaus vorletzte Woche erneut in seinem laufenden Prozeß.

Sicher: Die unmittelbaren Entwicklungen der nächsten Tage im Falle Barzel werden Einfluß auf den weiteren Gang der Dinge haben. Wie auch der Prozeß gegen Lambsdorff, der im Januar beginnen soll. Geprägt ist dies alles von der politischen Schlappe Kohls mit seiner Amnestie für seinen Flick und Co.

Ein gekauftes Parlament — so lautet vor nun fast zwei Jahren der Titel eines Sonderdrucks des „Roten Morgen". In der Tat. Eine gekaufte Regierung — kann man hinzufügen.

**Der „Spiegel", der den Zugang zu dem ganzen Material hat, weigert sich, im begleitenden Kommentar seines Chefredakteurs Erich Böhme die Konsequenzen aus seiner eigenen Veröffentlichung zu ziehen. Böhme schreibt — am Ende eines recht deutlichen Kommentars: „Ein Trost: Nicht alle deutschen Abgeordneten heißen Barzel, die deutsche Industrie ist nicht Flick. Ein schwacher Trost?"**

**Vor allem: Überhaupt kein „Trost". Ja, die deutschen Abgeordneten heißen nicht nur Barzel. Sie heißen auch Genscher und Lambsdorff, sie heißen auch Kohl und Dregger, Albrecht, Kreile und George, Offergeld oder Matthöfer. Und was da noch für Namen in Flicks Listen auftauchen. Die deutsche Industrie ist nicht Flick. Sie ist auch Sammet (Hoechst), Schleyer, Merkle (Bosch), Dr. Henkel, Oetker — alles Namen, die auch in Spiegel-Berichten selbst auftauchen.**

Und: Keiner soll so tun als wäre alles Vergangenheit und würde jetzt restlos aufgeklärt. Und dabei handelt es sich nicht nur um die verschiedenen Manager, die als Hausabgeordnete in die Politik gesandt wurden. Obwohl natürlich Reinhold Kreile dabei war, als unter acht Augen geheim das Amnestiegesetz ausgearbeitet wurde.

Der „Spiegel" schreibt am Ende seines wertvollen Berichts: „Erst so wurde deutlich, wie das große Geld in Bonn mitregiert." Preisfrage: Wer regiert denn noch? Darauf weiß auch der „Spiegel" keine Antwort.

**Abschließende Überlegungen zur Debatte über Stellung und Arbeit des Bundestages**

# Ist der Parlamentarismus reformierbar?

In der Debatte über „Stellung und Arbeit des Bundestages" sagte der Abgeordnete der Grünen, Burgmann, an die Adresse der Abgeordneten der anderen Bundestagsparteien:

*„Sie sind letzten Endes gefangen in Zwängen, die in diesem Hause, vor allem aber auch in unserem Industriesystem, das dieses Haus zur Durchsetzung seiner Ziele benutzt, gegeben sind. Es sind Veränderungen notwendig, die wesentlich tiefer als das gehen müssen, was wir heute bisher von diesem Pult gehört haben, wenn wir die Lebensgrundlagen der Demokratie erhalten wollen.*

*Diese Veränderungen können wir natürlich nicht — das ist eine ganz klare Position von uns— dadurch erreichen, daß wir dieses Parlament abschaffen. Wir sind durchaus froh, daß es diese Entwicklung der Demokratie gibt. Sie ist für dieses Land doch ein ganz entscheidender Fortschritt gewesen.*

*Wir sind aber der Meinung, daß ganz entschieden Macht von der Bürokratie, von der Regierung, von der Industrie genommen werden muß und daß diese Macht nun nicht dieses Parlament stärken sollte, sondern daß sie dem Volk zurückgeführt werden muß, daß sich das Volk die Macht wieder aneignen muß."*

Das stenografische Protokoll verzeichnet Beifall bei den Grünen und einen Zwischenruf des Abgeordneten Conradi von der SPD, der Burgmann „populistische Schmäh" vorwarf.

Nun ist der Abgeordnete Conradi keiner der rechten Sozialdemokraten im Bundestag. Er hat ansonsten auch eher offene Ohren für die Kritik der grünen Abgeordneten an Mißständen in Staat und Gesellschaft. Aber politische Entscheidungen in die Hände des Volkes legen? Da hört die Demokratie auch für einen linken sozialdemokratischen Abgeordneten auf.

## Die Grenzen des parlamentarischen Systems

Vom Standpunkt der Demokratie — die ja wörtlich genommen nichts anderes bedeutet als „Herrschaft des Volkes" — ist die Ansicht Conradis (von den diesbezüglichen Ansichten der Mehrheit der Abgeordneten des Bundestages ganz zu schweigen) ein Skandal. Vom Standpunkt der parlamentarischen Demokratie aber, auf die Burgmann sich berufen möchte, ist Conradi im Recht.

**Irgendeine Aneignung der Macht durch das Volk, wie sie Burgmann vorschwebt, ist im Rahmen der parlamentarischen Demokratie nicht vorgesehen. Im Gegenteil. Sie ist direkt ausgeschlossen.**

Hören wir einen der Richter des Bundesverfassungsgerichts, Professor Hans Klein, dazu: *„Der Entscheidung des Verfassungsgebers für die mittelbare Demokratie liegt die Überzeugung zugrunde, daß in den großräumigen Verhältnissen der industriellen Massengesellschaft die Bedingungen nicht gegeben sind (noch gegeben sein können), unter denen eine direkte Beteiligung des Volkes am politischen Entscheidungsprozeß allein sinnvoll ist: die Überschaubarkeit des Ganzen für den einzelnen, die Entscheidbarkeit politischer Fragen mit den Mitteln des ‚gesunden Menschenverstandes' ... ‚Das Wesen des demokratischen politischen Systems besteht demnach nicht in der Beteiligung der Massen an politischen Entscheidungen, sondern darin, politisch verantwortliche Entscheidungen zu treffen.'* (F. Neumann)" (FR, 2.10.84)

Die Begründungen, die der Verfassungsrichter für die mittelbare, die repräsentative Demokratie ins Feld führt, machen mehr als deutlich, worum es geht. Es geht nicht etwa darum, daß bei 60 Millionen Bundesbürgern eine Beteiligung des Volkes an den politischen Entscheidungen praktisch nicht machbar wäre. Es geht vielmehr darum, daß der „gesunde Menschenverstand" im Sinne der Herrschenden „falsch" entscheiden würde: z. B. gegen die Stationierung der Raketen, z. B. für die Senkung der Rüstungskosten, z. B. gegen den millionenfachen Arbeitsplatzabbau in den Betrieben, z. B. dagegen, daß einige Milliarden besitzen und jeden Tag noch reicher werden und Millionen gar nichts haben, noch nicht einmal Arbeit usw. Und deshalb gibt es eben diese „Beteiligung der Massen an politischen Entscheidungen" nicht, sondern stattdessen die parlamentarische Demokratie, die „politisch verantwortliche Entscheidungen" — sprich: Entscheidungen, die dem Kapital nützen — möglich macht und die Einflußmöglichkeiten des Volkes darauf beschränkt, hin und wieder wählen zu können.

Es geht nicht darum, in Abrede zu stellen, daß der Parlamentarismus hundert mal besser ist als eine Diktatur. Es geht auch nicht darum, in Abrede zu stellen, daß der Parlamentarismus, historisch gesehen, ein Fortschritt gegenüber dem Feudalismus war. Aber demokratisch? Demokratisch war er von Anfang an nicht. Der Parlamentarismus war von Anfang an eine Herrschaftsform, in der, wie Engels sagte, der Reichtum indirekt, aber um so effektiver herrschte.

Und dies, die Ausschaltung der Beteiligung der Massen von den politischen Entscheidungen einerseits und die Schaffung von Möglichkeiten für einige wenige Reiche, maßgeblichen Einfluß auf eben diese politischen Entscheidungen auszuüben, läßt sich auch an allen Kernpunkten des parlamentarischen Systems nachweisen.

## Stichwort: Gewaltenteilung

Die Gewaltenteilung zwischen gesetzgebender, vollziehender und richterlicher Gewalt ist — so heißt es — eines der Grundprinzipien der parlamentarischen Demokratie. Angeblich soll diese Gewaltenteilung totalitäre Entwicklungen verhindern. **Tatsächlich** ist sie dazu völlig ungeeignet — siehe Weimar.

Und zwar nicht nur deshalb, weil diese Gewaltenteilung von den Anfängen des Parlamentarismus an **faktisch** nie existiert hat, sondern die wirkliche Macht sich immer in den zentralen Regierungsapparaten konzentrierte. (S. dazu auch die Artikel in den letzten RMs über das Verhältnis von Bundestag und Regierung.) Schon die Vorstellung an sich ist falsch. Wie soll ein System demokratisch sein, das die gesetzgebende und vollziehende Gewalt trennt und dem Volk lediglich auf die gesetzgebende Gewalt — per Wahl — eine Einflußmöglichkeit einräumt? Wie soll eine Justiz „im Namen des Volkes" sprechen können, die mit dem Volk lediglich im Gerichtssaal etwas zu tun hat? Ein solches System ist absolut untauglich für die Aneignung und Ausübung der Macht durch das Volk. Es taugt nur zu dem, was wir heute haben: der Durchsetzung der Interessen des Kapitals.

Nein, demokratisch und anti-diktatorisch kann nur ein Regime sein, in dem gesamte Macht **ungeteilt** vom Volk ausgeht. Ein Regime, in dem die gesetzgebende **und** die vollziehende Gewalt an den Willen des Volkes, genauer: des Wählers, gebunden sind, ein Regime, in dem auch die Justiz nicht per Beamteneid dem Staat, sondern ebenfalls durch Wahl und Abwahlmöglichkeit an das Volk gebunden ist. Ein Regime also, wie es mit der Pariser Kommune zum ersten Mal als praktische Kritik am Parlamentarismus entstand.



## Stichwort: Der unabhängige Abgeordnete

*„Politisch verantwortliche Entscheidungen zu treffen"*, so der oben schon erwähnte Verfassungsrichter Klein, *„setzt vor allem zweierlei voraus: die Unabhängigkeit der Entscheidungsträger, die Artikel 38 Abs. 1 mit dem Satz garantieren will, daß die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind und die Bereitschaft der Bürger, die von ihnen getroffenen Entscheidungen sich zurechnen zu lassen."*

In der Tat, so soll es nach den Vorstellungen der reaktionären Befürworter des Parlamentarismus wohl sein: Die Abgeordneten sorgen für *„politisch verantwortliche Entscheidungen"* (siehe Buschhaus, siehe Blüms Arbeitsförderungsgesetz, siehe den neuen Bundeshaushalt usw.) und die Bürger sagen „Danke schön" und bringen die nötigen Opfer.

Mit der *„Bereitschaft der Bürger"*, diese Entscheidungen *„sich zurechnen zu lassen"* ist es Gottseidank nicht so weit her. Aber: mit der Unabhängigkeit der Abgeordneten auch nicht. Und es kann auch gar nicht anders sein. Entweder der Abgeordnete ist vom Wähler abhängig, an seine Aufträge und Weisungen gebunden — und diese Möglichkeit schließt der Parlamentarismus ausdrücklich aus. Oder er ist eben von anderen abhängig, von denen nämlich, die im Gegensatz zum Wähler tatsächlich bestimmen, ob er Sitz (und Lebensstandard) eines Abgeordneten behält — von den Flick & Co. also, von den Parteispitzen usw. Von denen also, die sich eine *„politisch verantwortliche Entscheidung"* schon mal ein paar Millionen kosten lassen, von denen, die die wirtschaftliche und damit auch politische Macht in diesem Staat besitzen.

## Stichwort: Parteiendemokratie

Die parlamentarische Demokratie ist eine Parteiendemokratie, d.h. die politische Willensbildung und -äußerung und die Auswahl der sog. Volksvertreter obliegt den Parteien — sofern sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und die 5-Prozent-Klausel überspringen, versteht sich.

Die Enquete—Kommission Verfassungsreform des Deutschen Bundestages schreibt über die erste der genannten Aufgaben der Parteien: *„Sie sollen die im Volke vorhandenen politischen Anschauungen, Interessen und Zielvorstellungen repräsentieren, artikulieren, auf realisierungsfähige Ziele hin integrieren und politisch in die Tat umsetzen."* Und weil das so ist, sind **direkte** Meinungsäußerungen des Volkes z. B. in Volksabstimmungen auch nicht vorgesehen, versteht sich.

Wie sieht es aber nun mit den Einflußmöglichkeiten des Volkes auf das, was die Parteien tun, aus? Sicher, das Volk — und die Basis der Parteien kann man ruhig dazuzählen — kann Druck machen — durch Meinungsäußerungen bis hin zu Demonstrationen. Aber was zählt dieser Druck, was zählt beispielsweise die Forderung einer Ortsgruppe und einer Belegschaft nach Verstaatlichung der Stahlindustrie für den Vorstand der SPD, der sich allein in den Jahren 1980 bis 1983 mit 204 Mio DM bei den Banken verschuldet hat? Was zählt Volkes Meinung für Parteien wie die CSU oder die FDP, die — offiziell! — 87 Prozent bzw. 97 Prozent ihrer Einnahmen aus staatlichen Geldern und aus Spendengeldern bestreiten? Muß man noch extra erwähnen, wer hier die *„realisierungsfähigen Ziele"* bestimmt, auf die hier die Parteien Volkes Meinung *„integrieren"* sollen?

Daß es die Parteien deshalb gibt, weil das Volk nicht selbst entscheiden soll, ist auch Meinung der Damen und Herren, die in Bonn Diäten kassieren und sich „Volksvertreter" nennen. Hören wir zuerst die Abgeordnete Dr. Hellwig zu der grauslichen Vorstellung, daß nicht die Bonner Parteien die politischen Entscheidungen träfen, sondern das Volk selbst, z. B. durch Abstimmungen: *„Das Ergebnis wäre eine Hektik der Willensbildung, einmal so und einmal so. Wir wissen doch selber — wir als Abgeordnete sind auch Menschen und nicht frei —, wie wir eine Debatte verlassen: so oder so überzeugt, je nachdem, ob der eine oder der andere in gelungener Weise argumentiert hat. Von solchen Zufallsentscheidungen kann doch nicht konsequentes Regierungshandeln abhängig werden."* (Preisfrage: und wer verhindert diese „Zufallsentscheidungen" im Bundestag?) Und der Abgeordnete Conradi von der SPD zum gleichen Thema an die Adresse der Grünen: *„Sie werden auch noch lernen, daß man mit Basisdemokratie allein so schwierige Themen wie das Bundesbaugesetz, Immissionsschutzgesetze oder Personalausweisgesetz nicht bewältigt, sondern daß es dazu auch eines gehörigen Maßes an Professionalismus bedarf, nämlich solcher Leute, die ihr Geschäft verstehen."*

Vollends unvorstellbar und grauenhaft wird die Sache für unsere sauberen „Volksvertreter" selbstverständlich da, wo das Monopol der Parteien auf Beschickung der verschiedenen lukrativen Posten und Pöstchen in Bund, Land und Gemeinden angegriffen scheint. Noch mal Frau Dr. Hellwig von der CDU/CSU: *„Stellen Sie sich doch einmal die Alternative vor. Was soll mein armes Volk, mein Volk, meine 200000 Bürger in meinem Wahlkreis tun, was steht ihnen denn bevor, wenn wir jetzt individuelle Abgeordnetenwahl hätten? In welche Hilflosigkeit würden wir die Bürger eigentlich treiben? ... Ich halte es für sehr, sehr wichtig, daß wir hier wirklich auch das Forum nutzen, dem Bürger zu erklären, was für einen Sinn es hat, daß Volkes Wille in Parteien gebündelt wird."*

Interessanterweise machte Christa Nickels von den Grünen hier durch einen Zwischenruf deutlich, daß auch die Grünen einen Kandidatenaufstellung, völlig frei von der „ordnenden Hand der Parteien", nicht zustimmen mögen: offene Parteilisten, das ist das höchste der Gefühle!

Würde das Schreckensgemälde, das Frau Dr. Hellwig an die Wand malt, der Wirklichkeit entsprechen, müßten mindestens die Belegschaften der westdeutschen Großbetriebe bei Betriebsratswahlen regelmäßig in Heulen und Zähneklappern verfallen — vor allem dann, wenn sie eine Persönlichkeitswahl durchsetzen konnten. Aber darum geht es ja nicht. Es geht darum, die Auswahl der Leute, die als Abgeordnete später auf dem Stimmzettel stehen, unabhängig vom Volk durchführen zu können. (Daß der Kreis, der sie dann auswählt, nicht auf die jeweiligen Parteimitglieder beschränkt ist, ist durch den Fall Flick hinreichend deutlich geworden.)

Auch im Punkt Parteiendemokratie öffnet der Parlamentarismus also der Einflußnahme einiger weniger Tür und Tor, während er das Volk in entscheidenden Fragen wie der Auswahl der Kandidaten für politische Ämter im Staat ausschließt.

Aneignung der Macht durch das Volk, wie der Abgeordnete Burgmann von den Grünen — und natürlich nicht nur er — sie anstrebt, ist in diesem parlamentarischen System nicht möglich. Aneignung der Macht durch das Volk ist nur denkbar in einer politischen und sozialen Revolution, die dem Kapital die politische und die wirtschaftliche Macht entreißt. Ausübung der Macht durch das Volk ist nur denkbar in einem System, das, anders als der Parlamentarismus, im wortwörtlichen Sinne „alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen läßt."

### Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter

# Die unendliche Geschichte — eine neue BMW-Strategie

### Informationen zum Stand der Auseinandersetzung

Allen, die sich bisher mit den Gewerkschaftern Rainer Knirsch, Hans Köbrich und Peter Vollmer solidarisiert haben, war klar, daß es hier nicht um persönliche Querelen, sondern um einen Musterfall von politischer „Wende" im Betrieb ging. Ein mächtiger Konzern wollte einmal beweisen, daß er es schafft, unbequeme Gewerkschafter vor die Tür zu setzen und eine gespaltene Meinungsfreiheit herzustellen: Alle Freiheiten zur Diffamierung und Einschüchterung für den Unternehmer, aber fristlose Kündigungen, wenn die angegriffenen Arbeitnehmer sich öffentlich zur Wehr setzen.

Dieses Spandauer Landrecht des BMW-Werksleiters wollten die Berliner Arbeitsgerichte nicht akzeptieren. In nunmehr neun Einzelentscheidungen der ersten Instanz haben verschiedene Kammern des Gerichts entschieden,

- daß die Kündigungen gegen jeden der drei unwirksam waren,
- daß die Betriebsratswahl wegen der unzulässigen Einflußnahme des Werksleiters unrechtmäßig war,
- daß Peter Vollmer und Hans Köbrich sofort weiterbeschäftigt werden müssen,
- daß BMW im Falle der Zuwiderhandlung Zwangsgelder — bei Peter Vollmer täglich 300 Mark, bei Hans Köbrich summarisch 20000 Mark — zu zahlen habe.

Die Weltfirma BMW aber — und hier beginnt die neue Strategie — fühlt sich stark genug, das von den Gerichten gesprochene Recht nicht nur zu mißachten, sondern offen zu verhöhnen. Nicht nur wurde Vollmer und Köbrich weiterhin ihre Beschäftigung verweigert, wobei Peter Vollmer zugemutet wird, jeden Morgen seine Arbeitskraft anzubieten und sich nach stundenlangem Warten eine Abweisung zu holen. Nicht nur wurde letzte Woche ein Spandauer Obergerichtsvollzieher, der 2100 Mark Zwangsgeld eintreiben wollte, weggeschickt, so daß er jetzt mit Polizeihilfe direkten Zugriff auf die Werkskassen wird nehmen müssen. Nicht nur hat der Arbeitgeber Berufung gegen die Wahlanfechtung angekündigt, so daß der ihm freundlich gesonnene Betriebsrat weiteramtieren kann, bis die höchste Instanz ihn vielleicht zu einem Zeitpunkt auflöst, da seine Amtszeit ohnehin beendet ist. Nein: BMW geht noch weiter und wendet ein Mittel an, **das alle Urteile aller Instanzen unwirksam machen könnte: die Kettenkündigung.**

Rainer Knirsch und Peter Vollmer haben am 9. Oktober 1984 ihre vierte fristlose Kündigung bekommen, „rein vorsorglich", für den Fall, daß die dritte Kündigung unwirksam sein sollte. Diese dritte Kündigung war am 18. September gegen alle drei ausgesprochen worden, mit lächerlichen Begründungen, etwa bei Hans Köbrich: Er habe vor dem Werkstor IG-Metall-Flugblätter anderen Kollegen entrissen und „aggressiv verteilt". Zwei Arbeitsrichter fanden diese Begründung derart unglaubwürdig, daß sie darin keinen Grund sahen, die Zwangsvollstreckung der Weiterbeschäftigung zu stoppen.

Aber beim dritten Richter, der über die Weiterbeschäftigung von Rainer Knirsch zu urteilen hatte, verfing die BMW-Strategie schon. Dieser besonders sorgfältige und vorsichtige Richter hatte soviel Beweisauflagen erteilt, daß die Entscheidung über die Kündigungsschutzklage erst am 2. Oktober gefällt werden konnte. Sie fiel selbstverständlich positiv aus, aber zu diesem Zeitpunkt lag die dritte Kündigung schon vor, und der Richter sah sich außerstande, einen Weiterbeschäftigungsanspruch für Rainer Knirsch auszusprechen, weil über die Rechtmäßigkeit dieser **neuen** Kündigung ja noch nicht entschieden sei. Der Richter bedauerte das selber und sprach davon, daß die Firma BMW möglicherweise durch Kettenkündigungen „ihr Terrain bereinigen" wolle.

**Nach der vierten Kündigung vom 9. Oktober hat BMW gezeigt, daß über haltlos begründete — aber vom willfährigen und durch die eigene Einflußnahme mit ins Amt gehobene Betriebsrat stets gebilligte — immer neue Kündigungen die Rechtsprechung einfach unterlaufen werden soll. Das Rezept ist denkbar einfach: Jeweils vor der Gerichtsentscheidung über die vorletzte Kündigung wird eine neue Kündigung nachgereicht, und wenn die vor Gericht ansteht, folgte die nächste usw. Es ist *eine Strategie der unendlichen Geschichte*, gegen die auch rechtskräftige Urteile nichts helfen würden. Eine Weiterbeschäftigung käme so nie zustande. Das Kündigungsschutzrecht wäre demonstrativ als Papiertiger entlarvt. Die Arbeitsgerichte, die immer neue Kündigungen für rechtswidrig erklären, würden in eine Welt des Irrealen abgedrängt, während die Realität vom brutalen Machtanspruch des Unternehmers bestimmt wäre.** Die verhöhnende Haltung der BMW-Vertreter gegenüber den Gerichten wird auch dem Beobachter der mündlichen Verhandlungen deutlich: Da geben sich die Arbeitgeberanwälte kaum noch Mühe, ihre Positionen plausibel zu machen, behaupten erkennbaren Unsinn, nehmen Behauptungen bei näherem Nachfragen zurück und demonstrieren auf diese Weise dreist, daß es auf keinerlei Argument ankommt, weil ihre Seite letztlich die Macht ausübt.

Uns sollte es nicht gleichgültig sein, daß BMW hier offenbar ein Exempel dafür statuieren will, daß die von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Minimalrechte der abhängig Arbeitenden ins Museum gehören. Es kommt darauf an, unsere Solidaritätsarbeit auf diese neue Strategie einzustellen und in noch größerem Umfang als bisher eine öffentliche Diskussion in Gang zu bringen. Dabei müssen wir auch berücksichtigen, daß die Sache sich auf Grund der neuen Strategie hinziehen wird, und daß es sich immer weniger um eine lokale Berliner Angelegenheit handelt: Schon bei den letzten Prozessen wurde, auch aus Äußerungen des Berliner Werksleiters Hans Glas, deutlich, daß die Strategie der Prozeßführung inzwischen beim Konzernvorstand in München festgelegt wird.

**Konkret bedeutet das für unsere Solidaritätsarbeit:**

1. Der Kampf um die Wiedereinstellung von Rainer Knirsch, Peter Vollmer und Hans Köbrich kann noch lange dauern. Es ist notwendig, die drei Kollegen zu bestärken und zu ermutigen. Schreibt ihnen und teilt ihnen auch eure Erfahrungen in ähnlichen Situationen mit:

Rainer Knirsch, Gustav-Müller-Str. 1, 1000 Berlin 62, (030) 7824954;

Peter Vollmer, Steglitzer Damm 8, 1000 Berlin 41, (030) 7919910;

Hans Köbrich, Grüntaler Str. 30, 1000 Berlin 65, (030) 4936520.

2. Richtet euch bitte auch auf laufende finanzielle Unterstützung ein. Einmalige Spenden haben sehr geholfen, und wir danken dafür herzlich — aber jetzt müssen wir um regelmäßige Überweisungen bitten auf das Postscheckkonto Rainer Knirsch, Berlin-West, Nr. 230936—106, Kennwort „Solidarität". Oder um Briefmarkensendungen, wenn wir euch weiterhin so informieren sollen wie bisher. Die Arbeit des Solidaritätskomitees kostet Geld.

3. Tut, was ihr könnt, um noch mehr Öffentlichkeit zu schaffen: Informiert im Freundeskreis, im Betrieb, in der Gewerkschaft, in der Kirchengemeinde, in den Medien, zu denen ihr Zugang habt — über diesen Fall von unerträglicher und demonstrativer Unternehmerwillkür.

4. Schreibt an den Konzernvorstand in München und an den Aufsichtsrat, und fragt auch, wie weit BMW seine Rufschädigung noch treiben will: Vorstand BMW AG, Eberhard v. Kuenheim, Petuelring 130, 8000 München 40.

5. Selbstverständlich ist es weiterhin wichtig, dem Berliner BMW-Betriebsrat, der trotz Aufforderung der IG Metall nicht zurücktritt, und der jeder neuen Kündigung fast unbesehen zustimmt, die Meinung zu sagen. Zwar kann niemand mehr hoffen, daß dieser Betriebsrat der „Mannschaft der Vernunft" sich noch auf die Vernunft der Solidarität besinnen wird, aber dieser Betriebsrat sollte auch nicht das Gefühl entwickeln dürfen, daß er den Protest nach dem Vorbild von Helmut Kohl einfach aussitzen kann: Betriebsrat BMW AG, Motorradproduktion, Am Juliusturm 14—38, 1000 Berlin 20.

6. Schreibt auch der IG Metall an den beiden wichtigen Orten:

Vorstand der IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Str. 79-85, 6000 Frankfurt/Main 11;

Ortsverwaltung der IG Metall, Alte Jakobstr. 148-155, 1000 Berlin 61.

(Von allen Briefen bitte Durchschlag oder Kopie ans Solidaritätskomitee.)

Wir sind nicht sicher, ob hier Berlin und Frankfurt am gleichen Strang ziehen, und wir fänden es auch schlimm, wenn die IG Metall bundesweit dieselbe Haltung zum BWM-Konflikt einnehmen würde wie die Berliner Verwaltungsstelle. In Berlin nämlich leistet die IG Metall keine gewerkschaftspolitische Unterstützung für die drei BMW-Entlassenen, sondern nur eine rein rechtsschutzmäßige (die allerdings dank des Engagements der IG-Metall-Rechtsschutzsekretärin ganz hervorragend ist). Gewerkschaftspolitisch indessen scheint die Berliner IG-Metall-Spitze noch kaum begriffen zu haben, um welche Dimensionen es bei der BMW-Auseinandersetzung geht, zum Beispiel daß **es ein großer Erfolg für die Gewerkschaften** ist, wenn ein Arbeitsgericht eine Betriebsratswahl wegen unzulässiger Druckausübung des Arbeitgebers für ungültig erklärt (während bis dahin Betriebsratswahlen immer nur wegen formaler Mängel erfolgreich angefochten wurden). Auch die neue Strategie der Kettenkündigungen wird von der Berliner IG Metall nicht richtig eingeschätzt, sonst hätte der Erste Bevollmächtigte, Horst Wagner, auf der Betriebsversammlung im Berliner BMW-Werk am 3.10.1984 die amtierenden Betriebsräte wegen ihrer Zustimmung zu den fortgesetzten Kündigungen deutlich angreifen müssen. Das hat er aber nicht getan, sondern gegenüber dem Betriebsrat eine eher defensive Haltung eingenommen, von der viele aktive Gewerkschafter im Betrieb enttäuscht waren. Fordert also die IG Metall zu klareren Stellungnahmen auf!

Schöne Grüße bis zur nächsten Information.

Berlin, den 14.10.84



### Korrespondenz aus Bremen

# „Im öffentlichen Dienst ist der Bär los",

**sagte der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates auf der großen Personalversammlung in Bremen.**

Und so begann es:

- Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen in den Bremer Kliniken. Die Krankenhäuser sollen zu wirtschaftlichen Industriebetrieben gemacht werden. Das Ergebnis: Klinikschließungen, Planstellenabbau.
- An den Gesamtschulen sollen Planstellen von Sozialpädagogen gestrichen werden. Die Referendare sollen 400 Mark Prüfungsgebühr für das zweite Staatsexamen berappen. (Nach Protesten wurde das nun gestrichen.)

Seit 1983 wird im öffentlichen Dienst rigoros gespart. Ab 1.11.83 wird keine Planstelle mehr besetzt: Einstellungsstopp! In den verschiedenen Dienststellen gärt es schon lange, weil z.B. das fehlende Personal sich inzwischen überall empfindlich bemerkbar macht usw. Also beschlossen unsere Personalräte für den 18.10.84 eine Personalversammlung für den öffentlichen Dienst einzuberufen. Das ist bisher einmalig in Bremen.

Da bekamen die Herren Senatoren einen Schrecken. In den beiden Bereichen, in denen die Situation besonders brisant ist (Kliniken und Schulen) beschlossen sie einfach: diese zentrale Personalversammlung ist unzulässig. So versuchten sie, in den „Brennpunkten" den Kliniken und Schulen die Kolleginnen und Kollegen einzuschüchtern.

**Über 10000 aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes stürmten die Stadthalle. Im Nu war sie proppenvoll!** Vom Krankenhaus St. Jürgenstraße ging ein Demozug von einigen Hunderten zur Stadthalle. Insgesamt waren die Bereiche Schule und Kliniken gut vertreten. Dieser Einschüchterungsversuch hat also nicht viel gebracht. Ein Betriebsrat der Klöckner Hütte verlas eine Grußadresse. Die wurde mit großem Hallo begrüßt! Von den Personalräten aus den verschiedenen Bereichen wurde anschaulich geschildert, wie es aussieht. Die Kollegin aus der Klinik prangerte die Politik an, von einem multinationalen Rationalisierungsunternehmen Gesundheitspolitik machen zu lassen. Sie forderte die Kollegen auf, nur noch den tariflich zugelassenen Bereitschaftsdienst zu machen und die Bedingungen unter der die Pflege stattfinden muß, aufzudecken.

Von den anderen Kollegen Personalräten wurde außer der Personalsituation angeprangert: der Fahrzeugpark der Feuerwehr ist museumsreif, die Senatoren bekommen neue Dienstwagen, Stück 50000 Mark!

„An den Diäten sollten sie sparen!", „Die Personaleinsparung trifft nicht den ‚Wasserkopf' Verwaltung", „Die Entlassungen treffen nicht die hohen Beamten, die sich nur Gedanken machen, ob ein rotes oder grünes Telefon angeschafft wird, sondern die kleinen, die die Arbeit machen!", „Während ich mich für den Arbeitsplatz einer Putzfrau unserer Dienststelle einsetze, erhöhten sich die Herren Abgeordneten die Diäten!", „An der Rüstung sollen sie sparen!" — um nur einige Argumente zu nennen.

Die Stimmung in der Stadthalle war gut. Leider oder logisch (wie man's sieht) wurde der Herr Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der Stimmung nicht gerecht. Eine Kollegin meinte: „Nun ist aus dem Bären eine Maus geworden".

Die Entschließung gegen den Einstellungsstopp wurde angenommen, nicht der Vorschlag, daß die Übergabe an den Senat vom Gesamtpersonalrat gemacht wird.

Ein Personalrat aus der Schule rief: „Das wollen wir doch nicht den Kollegen überlassen, das machen wir jetzt alle zusammen!" Mit Hallo brachen wir auf. Ca. 8000 Kollegen marschierten zum Rathaus. Die vielen guten Transparente kamen noch besser zur Geltung.

Auf dem Platz vor dem Rathaus war dann wirklich der Bär los. Die Kollegen aus den Schulen riefen „ihren" Senator raus. Ihr müßt wissen, daß es am vergangenen Montag einen großen Schulstreik gab wegen der Sozialarbeiter und der Prüfungsgeld der Referendare.

Er kam aber nicht. Der „Landesvater" hatte anderweitig zu tun und so ließ sich keiner der Regierung blicken. Der Zorn stieg. Der Herr Tilsner beschwichtigte, beschwichtigte. Es klappte nicht, wir wurden nur böser, besonders als er sich herzlich für die Teilnahme bedankte. Nach einer Weile entschlossen wir uns dann doch zu gehen — hätten wir das Rathaus stürmen sollen?

Eins ist klar, diese Versammlung war ein guter Auftakt, den Widerstand in den verschiedenen Bereichen voranzutreiben. In den Schulen hat's gerade geknallt. Bei den Kliniken wird's etwas länger dauern. Aber: Was lange gärt, wird endlich Wut.

# Referentenleitfaden der IG Metall

**Die in dieser und der nächsten Nummer des Roten Morgen dokumentierten Auszüge aus dem Schulungsleitfaden für die zweitägigen Schulungen, die für Betriebsräte und Vertrauensleute in der Metallweiterverarbeitung bis Ende des Jahres überall durchgeführt werden sollen, geben gute Argumentations- und Positionshilfen für die kommenden Auseinandersetzungen in den Betrieben und innerhalb der IGM. Zielsetzung ist deutlich die 38,5-Stunden-Woche für alle durchzusetzen.**

**Neben den Begründungen für die 38,5 Stunden für alle sind insbesondere behandelt die Fragen Mehrarbeit und Zeitausgleich im Zweimonats-Zeitraum. Neben den Hinweisen auf die Eckpunkte einer Betriebsvereinbarung wird zusätzlich einiges an Hinweisen für die betrieblichen — und sicher notwendigen — Aktionen der Vertrauensleute und der Belegschaften gegeben. Wobei zu diesem letzten Teil — Aktionsvorschläge — man sich zu sehr zurückhält in diesem Papier, was die konkreten Kampfschritte der Belegschaft angeht.**

**Gerade die Erfahrungen mit der Zustimmung zu Mehrarbeit und Sonderschichten in der Automobilindustrie durch die mehrheitlich sozialpartnerschaftlich eingestellten Betriebsräte bzw. Betriebsratsmehrheiten macht deutlich, daß es neben der Hauptauseinandersetzung mit den Kapitalisten auch darum geht, klassenkämpferische Positionen innerhalb der IGM und der Belegschaften zu stärken und weiter voranzubringen.**

### Wie kann das Ergebnis gesichert werden?

Für die IG Metall soll mit den neuen Manteltarifverträgen die 38,5-Stunden-Woche für jeden Wirklichkeit werden. Das heißt **mehr freie Zeit für den einzelnen Arbeitnehmer, mehr Arbeitsplätze für die Gesellschaft.**

• Der Tarifvertrag **enthält alle Möglichkeiten**, an unsere ursprünglichen Forderungen wieder anzuknüpfen und eine Wochenarbeitszeitverkürzung für jeden Arbeitnehmer durchzusetzen.

• Wir wollen mit dem Tarifvertrag Arbeitsplätze sichern und schaffen und steigendem Leistungsdruck entgegenwirken. Es geht am besten durch die 38,5-Stunden-Woche für jeden.

• **Die unterschiedliche Verteilung der Arbeitszeiten im Betrieb muß verhindert werden,** damit der Tarifvertrag beschäftigungswirksam umgesetzt und unternehmerische Rationalisierungsstrategien durchkreuzt werden können. Die ungleichmäßige Verteilung der persönlichen regelmäßigen Arbeitszeit auf einzelne Tage und Wochen darf nur in den engen Grenzen des Tarifvertrages erfolgen.

• Die Spaltung der Belegschaften durch die Einführung unterschiedlicher persönlicher Arbeitszeiten im Betrieb kann nur den Unternehmern nutzen. Eine Spaltung der Belegschaften schwächt die Gewerkschaft und die betriebliche Interessenvertretung.

Die Unternehmer **wollen die Unterordnung des Menschen unter die Maschine,** die Unterordnung **der gewerkschaftlichen Tarifpolitik** unter die **unternehmerische Betriebspolitik.** Der Tarifvertrag bietet dafür keine Handhabe.

• Auch im Unternehmerlager gibt es unterschiedliche Interessen bei der Anwendung des Tarifvertrages; viele praktische Gründe sprechen für die 38,5-Stunden-Woche für jeden.

**Noch ist der Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht endgültig entschieden. Nur wenn es uns gelingt, diesen Tarifvertrag als Instrument zur Durchsetzung der 38,5-Stunden-Woche für jeden zu nutzen, haben wir das Ergebnis auf Dauer gesichert.**

• Die Umsetzung der neuen tariflichen Bestimmungen in die betriebliche Wirklichkeit erfordert unsere ganze Kraft. Deshalb müssen Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute **die Belegschaft dabei mit einbeziehen.**

• Wir müssen **eine betriebliche Kampagne organisieren,** mit dem Ziel: Wochenarbeitszeitverkürzung für jeden, steigenden Leistungsdruck verhindern, beschäftigungswirksame Umsetzung durch Neueinstellung sichern. Das geht nur durch Aufklärung der Belegschaften, Betriebsöffentlichkeit (BR-Sitzungen, VK-Sitzungen, Betriebs- und Abteilungssitzungen, Flugblatt-Aktionen usw.)

• Nur auf diese Weise kann verhindert werden, daß tarifpolitische Erfolge der Gewerkschaften in betriebspolitische Erfolge der Unternehmer verfälscht werden. **Aktive Tarifpolitik muß durch aktive Betriebspolitik fortgesetzt werden.** Nur so kann Resignation bei Mitgliedern und Funktionären verhindert werden.

• In den vor uns liegenden Monaten dürfen wir nicht vergessen: So wie der Kampf der Unternehmer gegen die Existenz der Gewerkschaften die Form des Kampfes gegen die Vertretungsmacht der Gewerkschaften angenommen hat, so hat der Kampf der Unternehmer gegen den Tarifvertrag die Form des Kampfes gegen die Anwendung des Tarifvertrages angenommen.

### Regelungsbereich

• Die tarifliche regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden im Betrieb und ihre Verteilung.

Das Interesse der Unternehmer an einer Flexibilisierung der Arbeitszeit könnte sein:

• Arbeitszeit betrieblichen Bedürfnissen unterordnen (dadurch **Kostenabbau** durch flexible Reaktion **je nach der Auftragslage)**

• Unterschiedliche wöchentliche Arbeitszeit für **Teile** des Betriebes, für einzelne Arbeitnehmer oder Gruppen von Arbeitnehmern.

• **„Angemessene"** Verteilung der unterschiedlichen Arbeitszeiten mit den Zielen

**a) Leistungsverdichtung**

• Wo kein Einfluß auf abgeforderte Arbeitsergebnisse besteht (Zeitlöhner/Angestellte): die Arbeitsergebnisse, die bisher **in 40 Stunden** erbracht wurden, **müssen jetzt in 37 Stunden** erbracht werden.

**b) Spaltungstendenzen verstärken**

• Gruppen im Betrieb gegenüber anderen begünstigen, z.B. **Angestellte gegenüber Arbeitern, Facharbeiter gegenüber angelernten Arbeitern.** Anstatt die Arbeitsbedingungen zu verbessern und damit mehr Möglichkeiten für Einstellungen zu haben, lange Arbeitszeit für die jetzt Beschäftigten (z.B. Schichtarbeit). Anstatt mehr auszubilden, Facharbeiter länger arbeiten zu lassen.

• Arbeitgeberverbände werden aus **ideologischen** Gründen wollen, daß bestimmte Gruppen 40 und andere 37 Stunden arbeiten.

**Welche Auswirkungen hat das für die abhängig Beschäftigten?**

**Vorteile der Arbeitszeitregelung 38,5 Stunden für jeden**

• Gleiche Arbeitszeit für alle Arbeitnehmer

• Für jeden durchschaubare einfache Arbeitszeitregelung

• Keine Benachteiligung einzelner Arbeitnehmer oder Gruppen (Gleichbehandlung)

• Keine Auseinandersetzung unter den abhängig Beschäftigten und mit der Geschäftsleitung, was angemessene Verteilung ist

• Wenig Arbeitsaufwand für Betriebsrat, Vertrauenskörper und Verwaltungsstelle

• Einfache Einhaltung der tariflichen Kontrollvorschriften

• Keine Ungerechtigkeiten bei Lohnzahlung

• Vorrang menschlicher Bedürfnisse vor technisch-organisatorischen „Sachzwängen"

• Leichtere Abwehr von Leistungsverdichtung

• Besserer Überblick, wo Neueinstellungen nötig sind

• Popularisierung der Arbeitszeitverkürzung bei den Mitgliedern

• Einfache neue Regelung für **Pendlerverkehr und Fahrgemeinschaften.**

**Nachteile unterschiedlicher persönlicher Arbeitszeiten**

• Weitere Aufspaltung in Gruppen

• Ungerechtigkeiten bei der Lohnzahlung (für 37 Stunden Arbeit gibt es mehr Lohn je Stunde als für 38,5 Stunden und mehr, wegen des anrechenbaren Ausgleichsbetrages).

• Verdichtung der Arbeit

• Aufgabe des Gleichbehandlungsgrundsatzes

• Doppelte Bestrafung: schlechte Arbeitsbedingungen plus längere Arbeitszeit

• Zunehmender Gesundheitsverschleiß

• Geringerer Beschäftigungseffekt

• **Abbau von Kampfkraft, weil Arbeitszeitverkürzung an Popularität verliert, wenn nur bestimmte Gruppen oder einzelne davon profitieren und nicht alle Beschäftigten**

• Ständige Konflikte um betriebliche Regelungen

• Schwierigkeiten bei Fahrgemeinschaften und Pendlerverkehr.

### Regelungsbereich

**2. Regelungsbereich:**

Die Verteilung der regelmäßigen persönlichen wöchentlichen Arbeitszeit

**Verteilung im Zeitraum von zwei Monaten**

Nach den Bestimmungen der Tarifverträge kann die individuelle regelmäßige Arbeitszeit in den einzelnen Wochen unterschiedlich verteilt werden, daß sie im Durchschnitt von zwei Monaten erreicht wird. Bei der individuellen regelmäßigen Arbeitszeit von 38,5 Stunden kann z.B. vier Wochen 40 und vier Wochen 37 Stunden gearbeitet werden oder zwei Wochen 37, zwei Wochen 38, zwei Wochen 39 und zwei Wochen 40 Stunden und anderes mehr.

Aus dem Text der Tarifverträge und dem Verlauf der Schlichtungsverhandlung ergibt sich dabei, daß die 40 Stunden in keiner Woche überschritten, die 37 Stunden in der Regel in keiner Woche unterschritten werden dürfen, außer in den Fällen einer Differenz zwischen Anlagennutzungszeit und individueller regelmäßiger Arbeitszeit.

Aus dem Text der Tarifverträge und dem Verlauf der Schlichtungsverhandlung ergibt sich dabei, daß die 40 Stunden in der Regel in keiner Woche überschritten, die 37 Stunden in der Regel in keiner Woche unterschritten werden dürfen. Der Tarifvertrag läßt lediglich zu, daß in Ausnahmefällen die regelmäßige persönliche wöchentliche Arbeitszeit im Schnitt von drei Wochen nicht überschritten werden darf. In einer einzelnen Woche kann sie dann überschritten werden. Eine entsprechende Verteilung der Arbeitszeit setzt eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat voraus.

Ohne eine solche Vereinbarung ist jede Stunde über 40 Wochenstunden nur als Mehrarbeit zulässig, die Unterschreitung der 37 Stunden ist nur aufgrund freier Tage möglich, die sich aus der Differenz zwischen Betriebsnutzungszeit und der individuellen regelmäßigen Arbeitszeit der Arbeitnehmer ergeben können.

**Eine generelle und regelmäßige Verteilung der individuellen regelmäßigen Arbeitszeit, etwa zwei Wochen 32 Stunden, zwei Wochen 36 Stunden, zwei Wochen 41 Stunden und zwei Wochen 45 Stunden ist daher nicht zulässig.**

**Differenz zwischen Anlagenutzungszeit und individueller regelmäßiger Arbeitszeit**

Will der Arbeitgeber nach dem 1. April 1985 entsprechend den tarifvertraglichen Bestimmungen die Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen nicht vermindern, so ist das bei Aufrechterhaltung der bisherigen Produktion und ohne Änderung der Leistungsabforderung nur durch entsprechende Neueinstellungen zu erreichen. Da die individuelle regelmäßige Arbeitszeit aller Beschäftigten auch in diesem Fall eingehalten werden muß und die Leistungsabforderung nicht steigen darf, sind für die längere Nutzung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen, die im einzelnen mit dem Betriebsrat zu bestimmen wäre, Springerregelung und entsprechende Schichtpläne aufgrund von Neueinstellungen erforderlich.

Allerdings erlauben die tarifvertraglichen Bestimmungen über die Differenz zwischen Betriebsnutzungszeit und individueller regelmäßiger Arbeitszeit in Verbindung mit der Vorschrift, daß die individuelle regelmäßige Arbeitszeit auf jeden Fall im Durchschnitt von zwei Monaten erreicht werden muß, z.B. folgende Verteilung der individuellen regelmäßigen Arbeitszeit:

**Bei einer persönlichen regelmäßigen Arbeitszeit von 38,5 Stunden kann während sieben Wochen 40 Stunden gearbeitet werden, während dann in der achten Woche freie Tage im Umfang von 10,5 Stunden gewährt werden müssen; oder während 5 Wochen 40 Stunden und in der 6. Woche ein freier Tag.**

Es ist aber ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß eine solche Verteilung, wo in einer oder mehreren Wochen die 37 Stunden regelmäßig unterschritten werden, nur möglich ist, wo sich dies aus der Differenz zwischen unveränderter Betriebsnutzungszeit und neuer individueller regelmäßiger Arbeitszeit ergibt.

Der Begriff „Auslastung" meint die **zeitliche Dauer** und **nicht Intensität** der Auslastung.

Freie Tage sind nicht als Ausgleich für die allgemeine Arbeitszeitverkürzung gestattet, weil dann die **Nutzungszeit herabgesetzt** würde. (Beispiel: Arbeitszeit 40 Stunden 5 Wochen lang, in der 6. Woche einen Tag Betriebsruhe entspricht **nicht** den Absichten des Tarifvertrages).

Die Lage der freien Tage ausschließlich auf Brückentage ist nicht möglich, weil auch bei freien Tagen die **persönliche wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt von 2 Monaten erreicht werden muß.**

Die Bestimmung im Tarifvertrag „...kann der Zeitausgleich in Form von freien Tagen erfolgen..." heißt, freie Tage **nur** dann, wenn anderer Ausgleich nicht möglich ist.

## Reaktionäre hetzen gegen ÖTV-Beschluß!

**Aus allen dunklen Löchern kriechen sie hervor — die Reaktionäre, denen der Beschluß des ÖTV-Gewerkschaftstages nicht paßt, der sich für ein Verbot der strafrechtlichen Verfolgung der Abtreibung aussprach — siehe letzten Roten Morgen.**

In die lange Reihe der entsprechenden Kreise hat sich bis jetzt eingereiht:

• Die Bundesarbeitsgemeinschaft der DGB-Gewerkschafter in den CDU-Sozialausschüssen — dabei bemerken sie, dieser Beschluß könne die Einheitsgewerkschaft gefährden;

• der katholische Kardinal-von-Galen-Kreis in Münster hat bei der Staatsanwaltschaft in Karlsruhe Anzeige erstattet gegen die ÖTV wegen „des dringenden Verdachts verfassungswidriger Aktivitäten in der ÖTV". In der Anzeige wird behauptet, dieser Beschluß greife die Grundlagen des Staates an und vergehe sich gegen das Grundgesetz!

Man sieht — die Reaktion mobilisiert ihre Kräfte — auch in den Gewerkschaften — gegen fortschrittliche Positionen.

## Blüms Verständnis von Einheitsgewerkschaft!

**Blüm, Bundesarbeitsminister und noch immer IGM-Mitglied, offenbart seit seinem Amtsantritt, welche Vorstellungen die Wendeparteien von Gewerkschaften und gewerkschaftlichem Pluralismus von Einheitsgewerkschaft andererseits haben.**

Nachdem Blüm nur unter sehr massiven Protesten von IGM-Mitgliedern im letzten Jahr auf einer Kundgebung der IGM zum 1. Mai im Raum Salzgitter reden konnte, zieht er diesmal offenbar eine Einladung des reaktionären CGB — Christlichen Gewerkschaftsbundes — vor. Auf einer Kundgebung am Vorabend des 1. Mai wird er vor dieser Organisation sprechen; kennzeichnend für diesen von wichtigen Teilen der katholischen Kirche unterstützten Verein ist, daß auf ihrem letzten Bundeskongreß Hauptredner der Sozialabbauer Albrecht und der Rüstungsminister Wörner waren.

Am 1. Mai selbst wird Blüm bei einer anderen Spaltergewerkschaft auftreten — bei der DAG.

Vor diesem Hintergrund wird auch die Personalpolitik von Blüm und Kohl einzuordnen sein:

• Franke, der treue Gefolgsmann der Wendeparteien und der Unternehmer im Kampf gegen die Drucker und Metaller im Sommer, ist DAG-Mitglied — und zum neuen Mann bei der Bundesanstalt in Nürnberg gerade aus diesem Grunde gemacht worden.

• Der Nachfolger Frankes als Staatssekretär bei Blüm wurde ein Stefan Höpfinger — seit 52 CSU-Mitglied und CGB-Mitglied — seit 1976 stellvertretender Landesvorsitzender dieses Vereins in Bayern — gleichzeitig aktiv in der KAB — der katholischen Arbeitnehmerbewegung.

## Lehrlinge brauchen keinen Bildungsurlaub

**Dies meint offensichtlich die SPD-Mehrheitsfraktion im Düsseldorfer Landtag, die in der letzten Woche beschloß, daß beim noch für dieses Jahr zur Verabschiedung anstehenden Bildungsurlaubsgesetz für NRW die Lehrlinge ausgeklammert werden sollen.**

Obwohl von Gewerkschaftsvertretern in der Fraktion vorgeschlagen, stellte sich die Mehrheit bei der Schlußabstimmung dagegen. Offensichtlich will man zurück vor den massiven Angriffen der Unternehmer, die das Gesetz als solches schon heftig bekämpfen.

Der Präsident der Handwerks-Fachverbände, ein Herr Dopheide, hat schon angekündigt, seine Vereinigung werde das Verfassungsgericht in NRW anrufen, wenn es die SPD-Alleinregierung wagen werde, als „Wahlkampfgeschenk" dies Gesetz zu verabschieden.

Noch einen drauf setzte sein Kumpan, der Präsident des Rheinisch-Westfälischen Handwerkerbundes: „Wer bei 160 freien Tagen im Jahr und einer Forderung der ÖTV, diese um zehn weitere zu erhöhen, uns auch noch mit einem gesetzlichen Bildungsurlaub beglükken will, dem ist schlicht die Frage zu stellen, ob er unsere Volkswirtschaft auf das schnellste ruinieren will."

Während Hans Preiss vom IGM-Vorstand diese Äußerung wenigstens noch richtig im Gehalt als reaktionär anprangerte, versucht Kultusminister Schwier die Unternehmer mit zwei Argumenten zu beruhigen.

Einmal, so meint er, sei eine Weiterbildung schließlich auch im Interesse der Unternehmer an qualifizierten Leuten. Zum anderen würden ja sowieso nur 2 Prozent der Beschäftigten — so die Erfahrungen aus anderen Bundesländern, von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen — also so schlimm sie die Kostenbelastung der NRW-Wirtschaft, die den Lohn für die 5 Tage Bildungsurlaub zahlen müßte, auch wieder nicht.

**Stellt sich doch die Frage,** ob mit Anbiederung an die Unternehmer was zu erreichen ist, oder mit massiver Mobilisierung gegen die reaktionären Forderungen dieser Kreise — alle Erfahrungen bestätigen, Anpassung an den reaktionären Druck hilft nicht — auch nicht im Sinne des „kleineren Übels".

## Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

# Gespräch mit Kandidaten der „Unabhängigen Liste" Furtwangen

**In Furtwangen hat sich für die Kommunalwahl am 28. Oktober 1984 eine „Unabhängige Liste für Arbeit, Umweltschutz, Demokratie und Frieden" gebildet. Die Liste wird von Mitgliedern und Freunden der Grünen und klassenkämpferischen Kräften gemeinsam getragen. Um euch einen Eindruck über die Arbeit dieser Liste zu vermitteln, erhaltet ihr ein Interview mit zwei klassenkämpferischen Kandidaten für den Gemeinderat — Reinhard Hübner, Maurer, 30 Jahre alt, verheiratet, 1 Kind, Ortsvorstand der IG Bau-Steine-Erden und Diethard Möller, Diplom-Psychologe, 34 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder, ÖTV und Friedensinitiative.**

**RM:** *Könnt ihr uns erzählen, wie es kam, daß ihr beiden euch um Kommunalpolitik gekümmert habt?*

**Diethard:** Wir haben in der Gewerkschaft sehr viel zusammengearbeitet — auch in der Friedensbewegung. Uns wurde klar, daß es für eine klassenkämpferische Politik wichtig ist, mehr Menschen zu erreichen.

Und in so einem kleinen Ort mit 10000 Einwohnern interessieren die Leute kommunale Ereignisse sehr. Darüber hinaus wird hier auf kommunaler Ebene auch viel entschieden, was für das unmittelbare Leben der arbeitenden Menschen von großer Bedeutung ist. Nicht umsonst sitzen im Gemeinderat z.Z. über die CDU und die FDP Vertreter aller wichtigen Furtwanger Industriebetriebe, Kleinunternehmer und Selbständige. Die haben ja keine Zeit zu verschwenden, sondern sitzen da, weil es was zu holen gibt, und man den arbeitenden Menschen etwas nehmen kann.

**Reinhard:** Ja, bei der Finanzkrise der Stadt — Furtwangen muß jeden Tag über 15000 Mark Zins und Tilgung an die Banken zahlen und die Haushaltseinnahmen werden in den nächsten Jahren um über 10 Prozent sinken — also bei der Finanzkrise hat der Gemeinderat ständig den arbeitenden Menschen in die Tasche gegriffen, z.B. Gebührenerhöhung, Eintritt für Schwimmbad erhöht, Feuerwehrabgabe, und, und und. Aber die Industrie wurde verschont. Als die Gewerbesteuer etwas angehoben werden sollte, stand der Gemeinderat Kopf und lehnte ab. Ein Vertreter der Industrie hat damit gedroht, daß dann Arbeitsplätze verloren gehen.

**RM:** *Und was wollt ihr dagegen machen?*

**Diethard:** Bei den bestehenden Gesetzen kann man nicht sehr viel machen. Da haben unsere „Demokraten" in Bonn schon vorgesorgt, daß das Volk nicht zuviel Einfluß in den Kommunen kriegt. Aber wir wollen versuchen, die Menschen aufzurütteln. Das soll alles nicht mehr so klammheimlich passieren.

**Reinhard:** Vielleicht kann man auch das eine oder andere verhindern oder etwas für die arbeitenden Menschen durchsetzen. Dazu braucht es natürlich Druck von Seiten der Bevölkerung.

**RM:** *Die „Unabhängige Liste für Arbeit, Umwelt, Demokratie und Frieden" ist ein Zusammenschluß von Grünen und klassenkämpferischen Kräften. Wie kam es dazu?*

**Reinhard:** Zuerst hat uns die SPD angesprochen, ob wir auf ihrer Liste kandidieren. Wir haben uns das überlegt, weil wir das Angebot nicht so ohne weiteres ausschlagen wollten. Aber wir haben dann gemerkt, daß wir da kaum Möglichkeiten für eine entschlossene Politik gegen die Industrie und die CDU gehabt hätten. Wir haben auch eine eigenständige Kandidatur in Erwägung gezogen, fühlten uns dazu aber zu schwach, zu unerfahren und zu unbekannt. Als die Grünen uns dann die Zusammenarbeit anboten, schien uns das fair zu sein. Wir haben als Bedingung gestellt, daß es keine Grüne Liste sondern eine eigene Liste mit eigenem Programm gibt. Dies wurde von den Grünen nach einiger Überlegung akzeptiert. Bei der Erarbeitung des Programms gab es kaum unüberwindbare Probleme, allerdings oft lange und heftige Diskussionen. Aber wir haben im Rahmen dieser Zusammenarbeit die Möglichkeit, unsere Meinung frei zu vertreten. Das war für uns besonders wichtig. Sonst hätten wir da nicht mitgemacht.

**RM:** *Was sind für euch die Hauptpunkte des gemeinsamen Programms?*

**Reinhart:** Für uns liegt der Schwerpunkt unserer eigenen Tätigkeit bei den Finanzen, Demokratie und Ausländerfragen, sowie bei Kultur und Sozialpolitik.

**Diethard:** Z.B. vertreten wir bei der Finanzpolitik die Meinung, daß man das Geld bei denen holen soll, die es haben — bei den Reichen. Zudem stammen die Schulden der zahlreichen Infrastrukturmaßnahmen für die Industrie. Deshalb fordert die UL die Erhöhung der Gewerbesteuer und die Umschuldung aller überteuerten Kredite. Hier ist nämlich viel im argen. Während man die Bevölkerung zur Kasse gebeten hat, hat man bei Banken Kreditverträge mit selbst für heutige Verhältnisse überhöhten Zinsen abgeschlossen. Da hat man sich bei der Stadt nicht drum gekümmert. Es war anscheinend einfacher, dem kleinen Mann das Geld aus der Tasche zu ziehen. Wir wollen so etwas nicht stillschweigend hinnehmen.

**RM:** *Wo seht ihr Probleme in eurer Arbeit?*

**Reinhart:** Nun, es war nicht so einfach, sich in Kommunalpolitik einzuarbeiten und zu entscheiden, was ist nun richtig und was falsch. Wir sind auch jetzt oft noch unsicher. Aber es gibt ja auch wenig Erfahrung und Hilfe — auch von euch, von der KPD nicht. Ich denke, daß die klassenkämpferischen Kräfte in der BRD auf diesem Gebiet aktiver werden müssen. Früher waren die Rathäuser oft rot. Auf kommunaler Ebene läßt sich einfach leichter was bewirken, und man kann die Leute besser erreichen.

**Diethard:** Neben der Unerfahrenheit und der Unsicherheit auf dem neuen Gebiet, ist es für uns auch wichtig, tatsächlich die arbeitende Bevölkerung zu erreichen. Wir wollen keine Gremienpolitiker sein. Dazu kommt die Gefahr in so einem kleinen Ort als „Roter" von den rückschrittlichen Kräften ins Abseits gedrängt zu werden. Auf einer öffentlichen Bürgerversammlung mit vielen hunderten Besuchern hat z.B. der Fraktionssprecher der CDU mich in Wut aufgefordert, diese Stadt zu verlassen, wenn es mir hier nicht paßt. Der ganze Saal hat darauf mit Empörung reagiert, so daß er sich kurz darauf öffentlich entschuldigen mußte. Ob es uns immer gelingt, die Angriffe solcher politischen Kräfte richtig abzuwehren, ist natürlich nicht so sicher. Wir werden uns nach Kräften bemühen.

**RM:** *Vielen Dank! Wir wünschen euch viel Erfolg bei eurer Arbeit und bei den Wahlen.*

## Aus einem Flugblatt der „Unabhängigen Liste"

# Aufatmen . . .

das können jetzt einige Stadträte. Denn irgendwo zwischen Butterbrotpapier und Aktenstaub haben sich noch 600000 Mark bei der Stadt gefunden. So hat die Zitterpartie 84 ein Ende und der Haushalt der Stadt Furtwangen ist — oh Wunder — „ausgeglichen".

Können wir also zur Tagesordnung übergehen und so weiterwursteln wie bisher? Können wir hoffen, daß sich Jahr für Jahr irgendwo in den Ecken des Rathauses ein paar übrige Tausender finden? Ist in Furtwangen Kommunalpolitik zum Glücksspiel geworden? Der Furtwanger Karren ist noch lange nicht aus dem Dreck, denn die

**Stadt Furtwangen zahlt 1984 pro Tag 15560,20 Mark an die Banken.**

Diese Summe wird in diesem Jahr von der Stadt Furtwangen zusammen mit dem Städtischen Krankenhaus und den Städtischen Wasserwerken jeden Tag für Zins und Tilgung an die Banken gezahlt; dabei fallen allein 7722,55 Mark täglich Zinsen an. Mit über 40 Millionen Schulden gehören unsere Stadt, Krankenhaus und Wasserwerk praktisch den Banken — ein Riesenberg, der über Jahrzehnte den Haushalt bestimmen wird. Darüberhinaus zahlt Furtwangen z.T. überhöhte Zinsen bis zu 10,8 Prozent; üblich sind bei Kunden dieser Größe durchschnittlich 7 bis 7,5 Prozent Zinsen.

Zu diesen Belastungen muß die Stadt Furtwangen in den nächsten Jahren Verluste bei der Gewerbesteuer verkraften (trotz bereits im letzten Jahr erfolgter Anhebung um 15 Punkte). 1985 wird die Gewerbesteuer ungefähr genauso hoch liegen wie 83! 1984 wird die Gewerbesteuer nur einmalig aufgrund von Nachzahlungen usw. um ca. eine halbe Million Mark höher liegen und erst 1987 wird die Gewerbesteuer dann wieder den Stand von 84 erreichen.

Doch um ihre Freunde, die Unternehmer, vor einer Anhebung der Gewerbesteuer zu schützen, nutzt die CDU den überraschenden Haushaltsausgleich, um stolz „ihre Erfolge" vorzuzeigen und die Bevölkerung zu beruhigen. Man will uns weismachen, daß nun alles läuft und keine Gewerbesteuererhöhung mehr nötig sei. Doch der Ausgleich des Haushaltes 84 ist kein Erfolg der CDU und ihrer unsozialen Haltung. Dieser Erfolg wurde allein auf dem Rücken der Mitarbeiter der Stadt und der arbeitenden Menschen und ihrer Familien in Furtwangen erzielt.

Die von der CDU versprochenen „besseren Zeiten" werden noch lange auf sich warten lassen. Von 1983 bis 1987 sinken die Gesamteinnahmen der Stadt von 29366000 Mark auf 26366000 Mark, also um 3 Millionen Mark, das sind über 10 Prozent.

Da gleichzeitig die Preise und somit die Kosten steigen werden, können wir auch in den folgenden Jahren das Trauerspiel eines ungedeckten Haushaltes, von Kürzungsorgien im Stadtrat und von Mitleid für die verarmte Unternehmerschaft erleben. Und weiter wird die Haltung der CDU für Publicity sorgen: **Furtwangen in den Schlagzeilen.**

Doch um weitere Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Bevölkerung zu verhindern, soziale Einrichtungen zu erhalten (Schulen, Kindergärten, Schwimmbad, Krankenhaus) und den städtischen Besitz zu sanieren und zu behalten (Häuser, Wald), muß dringend etwas geschehen.

Die Unabhängige Liste für Arbeit, Umweltschutz, Demokratie und Frieden fordert: **Sofortige Erhöhung der Gewerbesteuer auf 350 Punkte, sofortige Umschuldung aller überteuerten Kredite.**

Beide Maßnahmen zusammen bringen ca. 1/2 Million Mark in die städtischen Kassen. Dieses Geld ist in der jetzigen Situation nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber es ist dringend notwendig, um einen ersten Schritt zur Sanierung von Furtwangen zu tun.

**Unsere Stadt soll leben!**

P.S. Die Zahlenangaben sind der Finanzplanung 83 bis 87 der Stadt Furtwangen entnommen.

## Einladung zum Arbeitsseminar der Volksfront

**Am 24./25. November lädt die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zu einer Arbeitskonferenz zum Thema „Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen" ein. Ein aktuelles und wichtiges Thema für den antifaschistischen und demokratischen Kampf. Wir veröffentlichen im folgenden die Einladung zu dieser Konferenz, wie sie dem „Volksecho" zu entnehmen war und rufen die Genossinnen und Genossen der Partei auf, diese Arbeitskonferenz nach Kräften zu unterstützen.**

### Arbeitskonferenz der Volksfront zum Thema:

# Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen

**Diese Arbeitskonferenz wird am 24./25. November dieses Jahres stattfinden.** Sie soll in fünf Arbeitsgruppen durchgeführt werden, mit einem Einleitungsreferat auf einer Plenumsversammlung beginnen und mit einer Aussprache über die Ergebnisse in einer Plenumsversammlung enden. Am Abend des ersten Tages soll die Möglichkeit zu Diskussionen im kleineren Kreise und zur Vorführung von Filmen und antifaschistischen kulturellen Beiträgen bestehen. Die Zahl der Teilnehmer wird voraussichtlich zwischen 60 und 110 liegen.

Wie ihr aus der beiliegenden Themenplanung ersehen könnt, soll die Arbeitskonferenz u.a. der Klärung der folgenden Fragen dienen:

- Welche Bedeutung haben im Kampf gegen Reaktion und Faschismus Forderungen an die Bundes- und Landesregierungen und welche Aufgabe kommt dabei dem Kampf für die Forderung nach „Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen" zu?
- Wie ist die Forderung nach dem Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen heute zu begründen und auf welche bestehenden Gesetze kann sie sich u.U. stützen?
- Wie ist die direkte Zusammenarbeit zwischen Faschisten, Neofaschisten und den offiziellen Vertretern der herrschenden Reaktion in Industrie, dem Staat und den bürgerlichen Parteien und die offen praktizierte Förderung der Faschisten und Neofaschisten durch die Reaktion zu beurteilen?
- Welche Konsequenzen hat das für den Kampf für das Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen? Wie kann verhindert werden, daß der Kampf für diese Forderung zwischen die Räder des „Schutzes der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" gegen „Links und Rechts" gerät, ein Kurs, der ebenso von der CDU/CSU/FDP und wesentlichen Teilen der SPD vertreten wird.

Neben einem Beitrag zur Klärung dieser Fragen, der vielleicht seinen Niederschlag in der Veröffentlichung von Konferenzergebnissen haben kann, erwarten wir uns von der Durchführung dieser Konferenz vor allem eine Verbesserung der antifaschistischen Arbeit und Zusammenarbeit.

Wir würden uns deshalb freuen, wenn Mitglieder anderer antifaschistischer Organisationen an dieser Arbeitskonferenz und vielleicht auch bereits an ihrer Vorbereitung teilnehmen können.

Zur Vorbereitung dieser Konferenz hat der Bundesvorstand eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich inzwischen in fünf Untergruppen zur Bearbeitung der geplanten fünf Themenschwerpunkte untergliedert hat. Zur Mitarbeit an der Vorbereitung der Arbeitskonferenz könntet ihr also entweder bereits an den vorbereitenden Arbeitsgruppen teilnehmen oder uns Diskussionsbeiträge und Materialien für die Vorbereitung dieser Konferenz schicken. Wir werden uns bemühen, rechtzeitig vor Konferenzbeginn alle bis dahin eingegangenen und von den Vorbereitungsgruppen der Volksfront erstellten Materialien zu verschicken. (Ab 12. November).

Sollte es euch nicht möglich sein, an der Arbeitskonferenz und ihrer Vorbereitung teilzunehmen, so würden wir euch bitten, uns möglichst eure Standpunkte oder eure Arbeitsergebnisse und Zielsetzungen zu den Themen der fünf Arbeitsgruppen zu schicken.

Für Anfragen und Anmeldungen zur Konferenz sowie für Zuschriften zum Volksecho wendet euch bitte an die Bundesgeschäftsstelle der Volksfront: Maria-Hilf-Str. 31, 5100 Aachen, Tel.: (0241) 36362. Dort könnt ihr auch die Adressen für direkten Kontakt mit einer der fünf Arbeitsgruppen bekommen.

### Themen der Arbeitsgruppen:

**Arbeitsgruppe 1:** Die Formierung faschistischer Organisationen und ihre Rolle in der Politik der Reaktion. (Dazu gehört: Entstehung und Entwicklung der NPD; Entstehung und Entwicklung der militanten Gruppen, Verhältnis zur NPD — offen und verdeckt; Beispiele Hoffmann, Roeder, Busse, Kühnen, ANS und Folgeorganisationen heute — Taten und Selbstdarstellungen; Beobachtung und Hilfe beim Aufbau der Gruppen durch Regierungen und z.B. Verfassungsschutz; historische Hintergründe).

**Arbeitsgruppe 2:** Faschistische Programmatik und Ideologie: Ihre Übereinstimmungen mit und ihre Differenzen zu konservativen und reaktionären Positionen. Welche programmatischen Ziele müssen verboten werden, um die Faschisten zu treffen.

**Arbeitsgruppe 3:** Forderungen nach einem Verbot der NPD und faschistischer Organisationen und ihre Begründung. Bestehende Rechtslage: Parteien- und Innenministerverbote und deren Begründung; verfassungsrechtliche Gesichtspunkte. Erarbeitung einer kritischen Stellungnahme der AG-Teilnehmer daz. Welche Bestimmungen der Verfassung und Strafbestimmungen nutzen besonders der Betätigung der Faschisten.

**Arbeitsgruppe 4:** Auseinandersetzung mit Argumenten, die gegen die Verbotsforderungen vorgebracht werden. (Entsprechende Aufsätze/Stellungnahmen verschiedener Organisationen können als Materialmappe beim Bundesvorstand bestellt werden.)

**Arbeitsgruppe 5:** Auswertung und Vorbereitung von wirksamen Aktionen gegen die Faschisten. Möglichkeiten der Zusammenarbeit antifaschistischer Organisationen. (Dazu gehört: Unter welcher Losung? Z.B.: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft"? Auswertung der NPD-Parteitage der letzten drei Jahre. Beim Punkt „Zusammenarbeit" großes Gewicht auf Gewerkschaften.)

**Literaturhinweise:** Eine Übersicht über Literatur zum Thema kann beim Bundesvorstand zum Selbstkostenpreis von 4,— DM (Kopierkosten) zuzüglich Porto bestellt werden.




**Nützliches zum Thema „Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen" findet sich in der Ausgabe Nr. 4 des Volksechos. Zu bestellen beim Bundesvorstand der Volksfront, Mariahilfstr. 31, 5100 Aachen.**

## *Die Rüstung im Gesamthaushalt ...*

Der Rüstungshaushalt ist schon seit langem derjenige Ausgabenteil in der Bundesfinanzpolitik, dessen nachträglich festgestellte Istwerte die ursprünglich geplanten Werte am meisten übersteigen.

Nimmt man einmal nur die drei Posten, in denen öffentlich Rüstungsausgaben ausgewiesen werden, nämlich neben dem Einzelplan 14 („Bundesministerium für Verteidigung") auch noch die Ausgabenbereiche Verteidigungslasten (unter denen ein Teil der Zahlungen an ausländische Armeen aufgeführt wird) und Zivilverteidigung, so ergeben sich für die letzten drei Jahre, einschließlich des noch laufenden, folgende Zahlen:

| Gesamtausgaben | Mrd. DM |
|---|---|
| 1982 | 46,291 |
| 1983 | 48,879 |
| 1984 | 50,272 |

Vergleicht man nun für 1984 diese Zahl, die aus dem Bundestagsbeschluß über den 84er Haushalt stammt, mit dem neuen Entwurf für 85, so wird dort die Höhe der Ausgaben 84 mit 50 Milliarden und 563 Millionen DM angegeben. Also immerhin die „Kleinigkeit" von rund 300 Millionen Mark, die da überplanmäßig ausgegeben wurde.

Wozu zu sagen ist, daß der Haushaltsentwurf für 1984 Ausgaben in der Höhe von 257,1 Milliarden Mark vorsah, während der neue 85er Entwurf von tatsächlichen Ausgaben für 84 von nur noch 254 Milliarden ausgeht.

**Also: Während die Gesamtausgaben des Staatshaushaltes 1984 im Vergleich zum Plan um 3,1 Milliarden sanken, stiegen die für die Rüstung um 300 Millionen Mark. Damit erreichen die öffentlich ausgewiesenen Ausgaben fürs Militär tatsächlich bereits ziemlich genau 20 Prozent der Gesamtausgaben.**

Für das Jahr 1985 sind im neuen Haushalt in den genannten drei Posten 51 Milliarden und 836 Millionen an Ausgaben genannt, bei einem Gesamtvolumen von 260 Milliarden und 226 Millionen. 1985 sollen die öffentlichen Rüstungsausgaben also bereits im Plan die 20-Prozent-Marke leicht übersteigen.

In der Wirklichkeit ist auch im nächsten Jahr mit ähnlichen zusätzlichen Ausgaben zu rechnen.

Betrachtet man, immer noch auf der Ebene der Zahlen, die die Bundesregierung selbst veröffentlicht, dagegen die Entwicklung des angeblich größten Ausgabenpostens „Arbeit und Soziales", so sehen diese von 84 auf 85 eine Senkung um 3,1 Prozent auf 57 Milliarden und 598,5 Millionen Mark vor. (84 waren dies 59 Milliarden, 454 Millionen, was bisher offiziell eingehalten werden soll).

## *... und was noch dazukommt*

Geht man einmal von den für die Öffentlichkeit vorgestellten und in der bürgerlichen Presse stets kritiklos nachgebeteten Zahlen ab, so bietet sich noch ein ganz anderes Bild, das sehr schnell deutlich macht, **daß in Wirklichkeit die Militärausgaben die größte Summe im Bundeshaushalt darstellen.**

An genau festzulegenden Zahlen kommt dabei folgendes heraus, was der veröffentlichten Summe hinzuzuzählen ist:

### Wörners Personalpläne und der Rüstungshaushalt

# Das größte Kriegspotential Westeuropas

**In der letzten Woche verabschiedete das Bundeskabinett die Vorlage Wörners über die „Aufrechterhaltung der Friedensstärke der Bundeswehr". Dies geschah mehr nebenbei, auf Grundlage einer kurzfristig eingereichten Tischvorlage. Nebenbei, nicht vor allem, weil die FDP einmal mehr eine schnelle Wendung vollzogen hatte. Vor allem, weil diese Regierung von Beginn an die Aufrüstung und Verstärkung der Schlagkraft der Bundeswehr als selbstverständliches Ziel gesetzt hatte, über das nicht weiter zu reden sei. Mit der Verabschiedung dieser Vorlage aber wird deutlich, daß die längerfristigen Finanzplanungen für Rüstungsausgaben bereits jetzt — auch für die Zeit nach 1989 — gegenstandslos sind. Zu der ganzen Reihe von Ausgaben, die in keiner öffentlichen Planung für die nächsten Jahre auftauchen, kommt nun eine weitere hinzu, die natürlich, vor allem in den Personalausgaben auch schon vor 1989 wirksam wird. Denn: die längere Pflichtzeit ist keineswegs das einzig Neue.**

Aus dem Bereich des Auswärtigen Amtes die Militärhilfe für die Türkei, für Portugal und Griechenland. Insgesamt sind dies rund 300 Millionen Mark im kommenden Jahr.

Aus dem Bereich des „Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit" zumindest jene Summen, die für die Staaten wie El Salvador usw. ausgegeben werden und die — zu verschiedenen Anlässen — selbst von Regierungsseite immer wieder als „zumindest teilweise militärischer Natur" bezeichnet wurden. Für 1982 war dieser Betrag mit 4 von 6,1 Milliarden Mark als „überdurchschnittlich groß" bezeichnet worden, durchschnittlich sei dies, so der damalige Minister Apel, etwa die Hälfte des Etats dieses Ministeriums. Für das kommende Jahr hat Warnkes Ressort einen Posten von über 6,6 Milliarden Mark. Von den Hunderten von Millionen, die dabei beispielsweise in die Türkei fließen, ist es verständlicherweise sehr schwer zu unterscheiden, was nun direkt in militärische Ausgaben fließt. Zumal, wenn man bedenkt, daß ja die türkische Armee auch als Unternehmer eine wichtige Rolle spielt. Mit einer Schätzung von 2 Milliarden Militärausgaben aus diesem Bereich dürfte man einerseits dieser Bundesregierung noch schmeicheln, andererseits eine Zahl haben, die auch ohne allzugroße politische Nachforschung als realistisch betrachtet werden kann.

Aus dem Innenministerium muß man in jedem Falle, nach seiner heutigen Einsatzweise, die Ausgaben für den „Bundesgrenzschutz" als reine Militärausgaben hinzuzählen, 1 Milliarde und 128 Millionen Mark im nächsten Jahr.

Voll dazurechnen muß man auch die Kosten für die „Weltraumforschung" aus dem Etat des Ministeriums für Forschung und Technologie, das sind 961 Millionen Mark im nächsten Jahr.

In ihrem „Weißbuch" pflegt die Bundesregierung selbst stets die Kosten der „Berlinhilfe" voll als militärische Kosten anzugeben und im Sinne der von der NATO ausgearbeiteten „Kriterien zur vergleichenden Darstellung von Verteidigungsausgaben" sind sie dies auch. Aber selbst wenn man von diesem Betrag von 11 Milliarden und 295 Millionen all das abziehen würde, was nicht unmittelbar militärischen Charakter trägt, bleibt immer noch eine Summe von mehreren Milliarden Mark an direkten Militärausgaben für Westberlin.

In diesem Sinne dürften die von Rüstungskritikern und der Friedensbewegung in den letzten Jahren berechneten Beträge von rund 70 Milliarden für Militärausgaben durchaus zutreffen.

Noch deutlicher wird dies, wenn man beim Ministerium für Arbeit und Soziales „entdeckt", welche Summen dort für die „Versorgung" ehemaliger Soldaten aufgeführt sind: 1985 werden dies sage und schreibe 2,3 Milliarden Mark für die Pensionen früherer Berufssoldaten der Bundeswehr sein und dazu nochmals 2,8 Milliarden für ehemalige Berufssoldaten der „Deutschen Wehrmacht"(!). Über 5,1 Milliarden im Jahr für die Versorgung der Berufssoldaten werden hier schlichtweg aus dem „Verteidigungshaushalt" hinaus- und in den „Sozialhaushalt" hineingelogen. Für eines der wichtigsten Anwerbemittel der Bundeswehr, für ein entscheidendes Mittel der Aufrechterhaltung militaristischer Traditionen muß also ausgerechnet der Sozialhaushalt herhalten! Zöge man nur diese Zahl vom Sozialhaushalt ab und rechnete sie dem Militärhaushalt zu, so wäre allein dadurch bereits deutlich, daß der Militärhaushalt der eindeutig höhere der beiden ist.

## *Eine riesige Militärmaschine*

Diese nachgeradezu ungeheuerlichen Summen im Militärhaushalt: Wofür werden sie denn eigentlich ausgegeben? Die offizielle Aufstellung sieht folgendermaßen aus:

| | Milliarden DM |
|---|---|
| Personalausgaben | 20,256 |
| Beschaffungskosten | 12,275 |
| Anlagenbau | 2,265 |
| Wehrforschung | 2,488 |
| Erhaltung von Wehrmaterial | 4,340 |
| Allgemeine Betriebskosten | 7,099 |
| und kleinere Posten. | |

und kleinere Posten.

Bereits 1984 hatte es **besonders hohe Steigerungsraten** (im Haushaltsansatz) **für Forschung** (plus 5,6 Prozent auf 1,9 Milliarden) **und Anlagebau** (plus 10,2 Prozent auf 2,0 Milliarden) **gegeben.** Auch im Plan für 1985 sind für diese beiden Ausgabenbereiche die höchsten prozentualen Steigerungsraten vorgesehen. Wobei zu den Beschaffungen (also: Waffenkäufe) die Posten Erhaltung und Anlagebau direkt dazugezählt werden müssen, sind sie doch Voraussetzung für den Einsatz des „Neubeschafften".

Von den Personalausgaben fallen rund 12,2 Milliarden auf das militärische Personal.

Von den in der Diskussion der letzten Tage um Wörners Plan so oft genannten 495000 Mann („Friedensstärke") der Bundeswehr sind mehr als die Hälfte, nämlich 268385 Berufs- und Zeitsoldaten.

Dieser jetzige Zustand stellt bereits eine Überbietung der eigentlich aufgestellten Ziele dieser Regierung dar. Es sind rund 10000 Mann mehr als im letzten Jahr, die für 1987 angepeilte Zahl ist damit bereits überboten (nach Plan und vom letzten Jahr sollten es dann 266000 sein).

Die Struktur dieser Armee sieht so aus:

222 Generale usw. einschließlich Brigadegenerale,
42000 Offiziere vom Leutnant bis zum Oberst,
160000 Unteroffiziere,
67000 Mannschaftsdienstgrade (Gefreiter usw.)

Diese Summe ergibt mehr als die oben genannten Aktiven, aus folgendem Grund: Über 1300 Berufssoldaten sind zusätzlich beim „Bundesministerium für Verteidigung" tätig, davon sage und schreibe 42 Generale!

Was für ein ungeheuerlicher bürokratischer Apparat, bei dem jeder Berufsoffizier gerade mal ein Häuflein von zehn Aufrechten bleibt, die er kommandieren darf (im Durchschnitt, versteht sich).

Über 12 Milliarden im Jahr kostet also das militärische Personal der Bundeswehr. Was dabei für die 219000 Wehrpflichtigen „abfällt", ist nur ein Brosame, den man leicht berechnen kann. Mit 500 Millionen Mark im Jahr dürfte er realistisch veranschlagt sein. Solch eine Verteilung ergibt über den Daumen gepeilt ein durchschnittliches Einkommen von 4000 Mark monatlich, wobei die 42000 Offiziere sicherlich über dem Durchschnitt liegen, Generale sind grundsätzlich in den höheren „B"-Besoldungsgruppen zu finden.

Eine solch ungeheuer dicke „Decke" von Berufsoffizieren zeigt, wie aufnahmefähig diese Maschine im Ernstfall sein kann, weit über dem normalerweise öffentlich genannten Maß von 1,2 Millionen hinaus ist da die Kapazität. Und der Wörnersche Plan sieht ja eben auch die weitere Ausdehnung der Zahl der Berufsoffiziere vor, wie auch deren schnellere Beförderung (unter dem Schlagwort „Aufhebung des Verwendungsstaus" sollen sie ja mit gerade 46 Jahren in den Ruhestand gehen).

Dies wird künftig - bisher nicht geplante — weitere deutlichere Steigerungen der Personalausgaben bedeuten.

Zu bemerken wäre dabei noch, daß zum Personal der Bundeswehr auch 358 Professoren und Assistenten an den Bundeswehrhochschulen gehören wie auch 26 Richter und Staatsanwälte (!).

Dazu kommt noch, neben sonstigen Arbeitern und Angestellten an den Standorten das Bundeswehrbeschaffungsamt mit über 20000 Leuten!

Wie bei den Personalausgaben ist auch bei direkten Streitigkeiten um Kostenübernahmen innerhalb der NATO mit weiteren Ausgabensteigerungen gegenüber den kurz- und mittelfristigen Ansätzen der Bundesregierung zu rechnen. So hat die BRD zugestimmt, 26,5 Prozent der Kosten für das NATO-Infrastrukturprogramm in Europa zu übernehmen, deren reale Größe keineswegs endgültig abzusehen ist. So gibt es nach wie vor die Auseinandersetzungen mit den USA über die Bezahlung der Kosten für deren logistische Modernisierung in der BRD (WHNS). Manches andere wäre dazu noch hinzuzufügen, am meisten gilt dies allerdings für den Bereich der Beschaffung.

## *Bereits im Mai beschlossen*

Eigentlich war der diesjährige Rüstungshaushalt, im Oktober im Bundestag, bereits im Mai verabschiedet. Zwei Ereignisse kurz hintereinander zeigten an, wo der Weg langgehen sollte. Zum einen die Vorstellung des — lange als nicht vorhanden verleugneten — „Bundeswehrplans 85", den Generalinspekteur Altenburg dem Verteidigungs- und Haushaltsausschuß des Bundestages als fertiges Werk der Generalität vortrug. Zum anderen die 56. Tagung der „Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik", auf der das Beschaffungsproblem behandelt wurde. Personal- und Waffenpläne wurden so in der Zusammenarbeit von Generalität (die ja auch die führende Ministerialbürokratie stellt) und Rüstungswirtschaftlern unter Koordination des Ministeriums ausgearbeitet.

Altenburg und die anwesenden Konzernvertreter hieben dabei in dieselbe Kerbe. Der General kritisierte, die Bundeswehr könne bald ihren Auftrag nicht mehr erfüllen, wenn es immerzu eine „Stagnation der Beschaffungsausgaben" gäbe. Beide drängten dabei auf eine verstärkte „konventionelle" Rüstung. Industrievertreter betonten, die bundesdeutsche Rüstungsindustrie sei im Bereich der „normalen konventionellen" (?) Aufrüstung voll konkurrenz- und lieferfähig und verwiesen dabei vor allem auf Panzer, Panzerfahrzeuge und Geschoßbatterien aller Art, sowie auf Kurzstreckenflugwaffen.

Selbstverständlich: Es war für alle bei beiden Tagungen Anwesenden keine Frage, daß die gegenwärtig laufenden Programme zügig weitergeführt werden sollen, egal, ab es sich um noch mehr Leopardenpanzer, um weitere Fregatten oder um den — auf dem Kostensektor — sagenumwobenen Tornado handelte.

Das Probelm, mit dem sie sich befaßten, war vor allem das der „neuen Generation" konventioneller Waffen, wie sie im Bundeswehrplan aufgeführt wurden. Damit sind Waffen auf einem besonders hohen technischen Standard gemeint, wie die, als einzige dieser Art, bereits in „Auslieferung" befindliche Mehrzweckwaffe 1 (MW 1) für den Tornado. Für solche Waffen forderten Militärs und Rüstungsindustrielle zunächst zwei Voraussetzungen: Kontinuierliche und deutliche Steigerung der Ausgaben für Wehrforschung und die endlich zu erreichende Erlaubnis, auch Langstrecken-Flugwaffen (anders gesagt: Raketen) zu bauen. Beides wurde in diesem Jahr erreicht.

Der WEU-Beschluß, der die westdeutsche Rüstungsindustrie von der Herstellung solcher Raketen ausschloß (aus dem Jahre 1954) ist im Juni aufgehoben worden. Die Steigerung im Wehrforschungsetat beträgt zwar real gesehen nur etwas über 400 Millionen, weniger als auf der Tagung erwartet, aber im Verhältnis zum Vorjahr eine Steigerung von über 25 Prozent, und eine ähnliche Entwicklung ist in der mittelfristigen Planung auch für die nächsten Jahre abzusehen. Außerdem gibt es ja noch die Weltraumforschung sowie andere für die Armee forschenden Zweige.

Auch im Licht dieser Tagungen betrachtet, sind Wörners Personalplanungen keineswegs so „normal" wie sie vielerorts dargestellt werden. Solche neuen Waffen erfordern nämlich immer weniger Soldaten, sie zu bedienen. „Piloten werden arbeitslos" so wurde in den USA die „Drohne" angekündigt.

Wenn auch nicht alle 1100 Firmen, die wirtschaftliche Beziehungen zur Bundeswehr haben, auf dieser gemeinsamen Tagung anwesend waren, sondern nur die größten (neben Siemens und AEG verschiedene Zweige des Flick-Konzerns — Krauss Maffai, Dynamit Nobel — und Thyssen, MBB und Diehl) kommen da, neben militärischen Hoffnungen, auch neuerlich große Profite auf die Rüstungskonzerne zu.

Im Auftrag der Bundeswehr war im letzten Jahr berechnet worden, daß die Kosten sich insgesamt um rund ein Viertel senken ließen, ließe sich nicht die Armee (und die Regierung) in allen Bereichen (und besonders in der Beschaffung der Waffen) die Preise von den Unternehmern diktieren.

Ein Markt, auf dem fest zugeteilt wird, der Preis „keine Rolle" spielt, eine Waffengeneration die nächste jagt — Kapitalistenherz, was willst du mehr? (Außer vielleicht einen siegreichen Krieg?) Statistik zum Beweis: In den 70er Jahren lag bereits die Rendite auf das Eigenkapital doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller industriellen Aktiengesellschaften. Und Entwicklungen wie beim Tornado haben diese Spanne sicher nicht verkleinert. In Wörner und im Kabinett haben Militaristen und Rüstungsgewinnler wahrlich treue Helfer. Sie bauen daran, das größte Kriegspotential Westeuropas nicht nur „im Bestand zu sichern", sondern noch weiter auszubauen.

Leserbriefe + + + Lese

## Noch einmal zu Ewald A. (Kiel)

Liebe Freunde,
gestattet mit bitte zu der Diskussion zu Harry Dubinskis Aufsatz — „Ernst Thälmann" aus RM 35 v. 31.8.84 einige Anmerkungen. Vielleicht könnt ihr diese unter eurer Rubrik „Leserbriefe" wiedergeben. Für euer Entgegenkommen im Voraus vielen Dank.
Werter Genosse E.A.,
wenn ich nicht irre, hast du den meisten von uns einiges an Alter und Erfahrung voraus; umsomehr bin ich von Stil und Inhalt deiner Stellungnahme zu Harrys Aufsatz beunruhigt! Was soll das, wenn du Harry „Antikommunismus" vorwirfst? Ich finde es reichlich unverschämt, aber auch politisch sehr unklug, einen Antifaschisten wie Harry derart anzugreifen. Vielleicht ist Harry D. kein „Bolschewik" — was ist das eigentlich (?) — und wenn er vielleicht auch bloß ein „kleiner Mann" ist, so hat er doch meines Wissens lange genug im antifaschistischen Kampf gestanden und mehr als genug dafür eingesetzt. „So ein alter Hut" sind die Fragen keineswegs, die Harry aufgeworfen hat; es gibt da noch viele Fragen aus der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung, die keineswegs für viele fortschrittliche Menschen ausreichend beantwortet sind. Ich meine, daß wir schon das Recht haben müssen, diese Fragen — auch offen — zu stellen; in welcher Zeit leben wir eigentlich? Ich dachte, wir wären längst weg vom Dogma der „Unfehlbarkeit" des einen oder anderen Klassikers?

Ich gestatte mir, Harry zu zitieren: „ ... das heißt aber auch, aus den Fehlern lernen, unangenehme Sachen nicht einfach unter den Teppich kehren und kritische Fragen von Genossen ... offen diskutieren; nicht jeder, der Kritik übt und Zweifel äußert, oder nach neuen Wegen sucht, ist gleich ein Antikommunist ... " Also, werter Genosse E.A., was ist nun eigentlich an Harrys Aufsatz „antikommunistisch"; tut mir leid, aber ich konnt' nach mehrmaligem Studium in Harrys Aufsatz keinen „Angriff auf den Klassiker Stalin" finden.

Oder — haben wir vielleicht kein Recht, unangenehme Fragen zu stellen, machen wir nicht alle täglich Fehler, im Beruf und in der politischen Arbeit, bewirken unsere Fehler nicht wieder oft Fehler bei den anderen, sind wir nicht selbst auch empfänglich für die Fehler und Schwächen der Kollegen, Freunde und Genossen?

Wieviel hat gerade schon die Partei in ihrer jungen Geschichte unkritisch und idealistisch übernommen und mußte schwer dafür bezahlen?! War das früher vielleicht anders, ich meine nicht!

Seit langem verfolge ich mit großer Sympathie, wenn auch mit manchem Vorbehalt, die Politik der Partei, ihr Bemühen um eine „korrekte revolutionäre" aber eben auch um eine allgemein verständliche und selbstkritische Politik.

Deine Reaktion, werter Genosse E.A. zeigt nur, wie weit wir eigentlich noch entfernt sind von der selbstkritischen und revolutionären Politik, wie sie sehr not tut. Ich habe Hoffnung, daß die Partei ihren Weg findet, auch mit Harry

Mit herzlichen Grüßen
W.H.

## DKP und britischer Bergarbeiterstreik

Liebe Genossen,
vor einiger Zeit ist vor den Saargruben eine Nummer der Betriebszeitungen der DKP verteilt worden. Zu einem Artikel darin folgendes:

In dem Artikel „Solidarität ist unsere Stärke" informiert die DKP über den Streik unserer britischen Bergbau-Kollegen. Nach über einem halben Jahr Streik war dies der erste Beitrag der DKP-Betriebszeitungen.

Bemerkenswert an dieser Ausgabe ist hier nicht der Zeitpunkt, sondern eine Passage, die sich mit der Politik der IGBE (Industriegewerkschaft Bergbau und Energie) zum Streik befaßt. Originalton DKP: „Wir begrüßen es deshalb, daß neben anderen Gewerkschaften, Organisationen und Belegschaften auch die IGBE bereits zwei Mal nennenswerte Spendenbeiträge auf das Solidaritätskonto in Sheffield überwiesen hat."

Nach diesem Lob der DKP für die IGBE könnte man annehmen, es sei alles in Ordnung, die IGBE steht voll hinter dem Streik. Aber weit gefehlt.

Bezogen hat sich der Schreiber des Artikels auf einen Beitrag in der „Einheit" Nr. 18. Nicht erwähnt wurde in der DKP-BZ die Hetze in der selben Ausgabe der „Einheit" (Chefredakteur der ehemalige Major Niggemeier) gegen die Führung der NUM mit Arthur Scargill an der Spitze. Originalton „Einheit": „Arthur Scargill, der NUM-Vorsitzende, gehört nach eigenem Bekunden zu den marxistisch-militanten Gewerkschaftsführern in Großbritannien; für ihn hat der Streik, wie er in einem Interview mit der sowjetischen Gewerkschaftszeitung TRUD selbst erklärte, längst die Grenze eines industriellen Konflikts überschritten: Es geht um die Änderung der britischen Gesellschaftsordnung."

Daß hier ein Gewerkschaftsführer die Änderung der Gesellschaftsordnung fordert, ist also für die DKP nicht verteidigenswert. Verteidigt wurde von der DKP nur der eigene Opportunismus. Und das nennt man einfach Anbiederei. Die Spendenbeiträge der IGBE wurden ausdrücklich nur an die Bergarbeiterfamilien überwiesen, nicht aber zur Unterstützung des Streiks.

Wir selbst haben in bisher drei Ausgaben unserer Betriebszeitung „Es brennt — Zeitung der KPD für Saarberg" zur Unterstützung des Streiks aufgerufen und auch vor Gruben, bei Freunden und Verwandten gesammelt. Das bisherige Spendenergebnis liegt bei ca. 800 DM.

Solidarität ist unsere Stärke. Die Stärke der Arbeiterklasse, aber wohl nicht der DKP.

Saarbrücken, Franz Kreusat — Mitarbeiter bei „Es brennt"

### Arbeitsamt kümmert sich um den Erhalt von Arbeitsplätzen ... bei der Deutschen Angestellten Akademie oder:

## Wie unsere Beitragsgelder zur Arbeitslosenversicherung verschleudert werden!

(Korrespondenz)

Letzte Woche erhielt ich einen Brief vom Arbeitsamt, ich solle mich Montags um 13.30 Uhr dort einfinden. Als Zweck der Übung war angegeben „Fortbildung". Aha, dachte ich, jetzt gibt es vielleicht einen EDV-Kursus oder sowas ähnliches. Ich werde nämlich in der Statistik des Arbeitsamtes als „Bürogehilfin" geführt.

Mit mir hatten sich etwa 30 weitere Frauen und Männer eingefunden. Der Sachbearbeiter des Arbeitsamtes bat uns in die Räume der Deutschen Angestellten Akademie (DAA), einem Bildungswerk der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG). Eine Dame der DAA war gleichfalls anwesend. Uns sollte ein Seminar der DAA schmackhaft gemacht werden. Thema: „Berufsaussichten — wie verbessere ich meine Chancen, einen Arbeitsplatz zu bekommen". (Den genauen Titel weiß ich leider nicht mehr, da ich nichts zum Schreiben dabei hatte.)

Inhalt des Seminars sollte also nicht z.B. ein EDV-Kursus sein, mit dem ich ja meine Chancen, einen Arbeitsplatz zu kriegen, erheblich verbessern könnte — für sowas waren alle Anwesenden offensichtlich noch nicht anspruchsberechtigt — oder auf Deutsch: noch nicht lange genug arbeitslos. Nein, Ziel des Seminars ist, zu lernen, wie bewerbe ich mich so, daß der potentielle Arbeitgeber auf Anhieb unter 20 oder mehr Bewerbern sofort herausfindet: Genau, das ist die Frau oder Mann, die ich schon immer für diesen Arbeitsplatz gesucht habe. Also die Verbesserung unserer Konkurrenzsituation gegenüber anderen Arbeitssuchenden. Außerdem soll in dem Seminar behandelt werden, wie die Arbeitsmarktsituation ist, d.h. welche Anforderungen werden heute an Bewerber gestellt, welche Fähigkeiten müssen sie haben, um den Arbeitsplatz zu kriegen. Als ergänzende Information kriegten wir noch mitgeteilt, daß wir bei Teilnahme an dem Seminar Unterhaltsgeld erhalten würden, also der Anspruch auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe entsprechend der Dauer des Seminars verlängert wird. Das Seminar soll 6 Wochen dauern, montags bis freitags von 8.30 bis 16.00 Uhr. Die Teilnahme sei freiwillig.

Nach diesen einführenden Erläuterungen konnten Fragen gestellt werden. Ein 54jähriger Mann fragte: In den Stellenanzeigen würden immer jüngere Leute gesucht, er könne sich nicht vorstellen, daß die Teilnahme an diesem Seminar seine Chancen bei der Arbeitsplatzsuche verbessern würde. Ihm wurde geantwortet: Es gibt gesetzliche Regelungen für diesen Kreis der älteren Arbeitslosen, z.B. daß ein Unternehmer, der einen älteren Arbeitslosen einstellt, bis zu 70 Prozent des Gehaltes vom Arbeitsamt gezahlt kriegt. Das würde er auch in dem Seminar lernen, und das könnte er dann auch bei Bewerbungen mit anbringen, und damit wäre dann ihm und dem Unternehmer geholfen. Der Mann entschloß sich, an dem Seminar teilzunehmen. Ich nehme an, weil sich dadurch seine Anwartschaft auf Arbeitslosengeld um sechs Wochen verlängert und nicht, weil er meint, dadurch besser an einen Arbeitsplatz zu kommen.

Ein junger Mann, Anfang bis Mitte 20 wollte wissen, warum wir nicht anstelle eines solchen Seminars einen qualifizierenden Kursus angeboten bekämen, er wolle etwas lernen, sich weiterbilden, und was denn mit den zwanzig anderen Arbeitslosen wäre, die sich mit ihm um eine Stelle bewerben und das Seminar nicht besucht hätten, die ständen doch dann nach wie vor auf der Straße. Da meinte der Mann vom Arbeitsamt, da er die Voraussetzungen für eine Umschulung etc. noch nicht erfüllen würde, könnte er ihm auch keine bezahlen. Und daß die anderen Arbeitslosen immer noch auf der Straße stünden, da könne er auch nix für, das wäre eben die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Aber wir, die wir zu den Auserwählten gehörten, die in den Genuß dieses Seminars kommen, für uns wäre wenigstens schon mal was getan. Weitere Fragen und Bemerkungen des jungen Mannes, der dieses Seminar für absolut sinnlos hielt, wurden abgeblockt.

Da die Teilnahme an dem Seminar freiwillig ist, d.h. Nichtteilnahme zieht keinen Fortfall von Arbeitslosengeld und -hilfe nach sich, sollten wir dann sagen, ob wir teilnehmen oder nicht. Sechs der Anwesenden sagten, daß sie teilnehmen wollen, sieben, darunter auch ich, lehnten eine Teilnahme ab, der Rest, der sich anscheinend nicht traute, sofort abzulehnen, sagte, er müsse es sich noch einmal überlegen.

Ich habe dann mit den Ablehnern noch mal gesprochen. Wir mußten nämlich alle noch mal einzeln in das Büro des Arbeitsamtmenschen rein, um unsere Ablehnung zu begründen. Alle waren mit der Erwartung gekommen, daß ihnen vom Arbeitsamt ein qualifizierter Fortbildungskursus angeboten wird. Alle waren empört, und fanden es eine Frechheit, daß ihnen ein solches Seminar angeboten wurde als Fortbildung.

„Zweck der Übung" war also keineswegs Fortbildung, mit der man wirklich seine Chance, einen Arbeitsplatz zu finden, verbessern könnte, sondern „Wie werde ich der bessere Konkurrent um den Arbeitsplatz, wie kann ich den anderen, der auch eine Stelle sucht, am besten austricksen, welches Verhalten muß ich an den Tag legen, um für den Unternehmer der beste Bewerber zu sein."

Solche Seminare werden nach Aussagen des Beamten vom Arbeitsamt überall in der BRD durchgeführt. Damit werden die Arbeitslosenstatistiken beschönigt, denn wer Unterhaltsgeld bezieht, erscheint nicht in der offiziellen Statistik. Die DAA kann sich über solche Seminare locker mit Geldern aus der Arbeitslosenversicherung bereichern. Die Arbeitslosen stehen da und haben nichts: keine Fortbildung und keinen Arbeitsplatz!

## Buchbesprechung: Das gelbe Gift

**Jochen Bölsche, (Hg.): Das gelbe Gift. Todesursache: saurer Regen. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg. 315 Seiten, 20,— Mark.**

*Schadstoffe wie Schwefeldioxid und Stickoxide ruinieren nicht nur die grüne Lunge der Nation, das bewaldete Drittel, sondern auch die Atmungsorgane von älteren und kranken Menschen und Säuglingen. Viele Fälle von plötzlichem mysteriösen Kindertod entpuppen sich einer neuen Hypothese zufolge als Ökotod. Sollte sich die These vom Babysterben durch sauren Regen belegen lassen, können die Regierenden in arge Bedrängnis geraten. Die Forderungen nach einer Verschärfung des Luftreinhaltungsrechtes ließen sich in der Öffentlichkeit von der herrschenden Klasse nicht mit Scheinargumenten abwimmeln, es gelte die Belange des Umweltschutzes sorgsam abzuwägen gegen die Erhaltung von Arbeitsplätzen.*

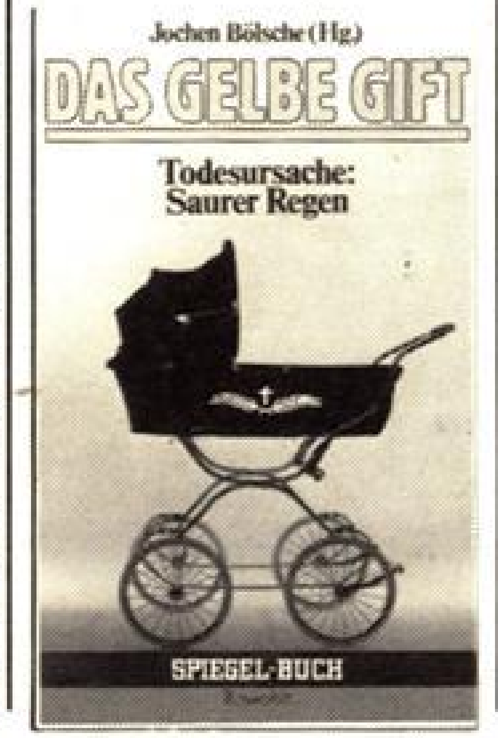
*„Erst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch" — das ist keine „Panikmache zum Schaden des Ganzen" (Zimmermann) — das sind die Kosten der kapitalistischen Profitwirtschaft.*

*Jochen Bölsche und sein Autorenteam geben in dem „Spiegel"-Buch „Das gelbe Gift" einen guten Einblick in die ökologische Krise unseres Landes. In anschaulichen Reportagen untersuchen sie Westdeutschlands „atemberaubendes" Luftreinhaltungsgesetz und seine katastrophalen Folgen. Sie schildern den Untergang des Weltwunders Wattenmeer, verdeutlichen die Praktiken einer internationalen Müll-Mafia und der Chemie-Industrie, die den Bauern eine teuren Erntesegen auf Kosten der Natur und der eigenen Gesundheit verspricht.*

*Eine anschließende Dokumentation belegt, daß die Risiken des sauren Regens schon seit hundert Jahren bekannt sind und daß Bonn unter dem Druck der allmächtigen Industrielobby Schadstoffhöchstwerte vorschreibt, die unsere Luft zu einer „Gratis-Deponie" der Bourgeoisie machen.*

*Das Buch enthält ein informatives ABC der Luftschadstoffe, Beiträge von Medizinern und Elterninitiativen und einen Forderungskatalog der SPD-Kommission für Umweltfragen, der mit äußerster Vorsicht zu genießen ist.*

*Im großen und ganzen ein empfehlenswertes Buch, das sich jeder anschaffen sollte, der sich den nötigen Durchblick in Sachen Umweltschutz verschaffen möchte und dafür auch etwas tiefer in die Tasche greifen will.*
*M. Sch., Dortmund*




## PINWAND

### Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

### BOCHUM

**„Solidarität mit Nicaragua"**
**Veranstaltung der KPD/Bochum**
**Freitag, 26. Oktober, 20.00 Uhr**
**Gaststätte „Ziegelstuben", Wittener Straße 73**

### BIELEFELD

**„Solidarität mit Nicaragua"**
**Veranstaltung der KPD/Bielefeld**
**mit Film („Der Aufstand")**
**Mittwoch, 31. Oktober, 19.00 Uhr**
**Gaststätte „Zum Eggetal"**
**Arthur-Ladebeck-Straße**

### DORTMUND

**„Solidarität mit Nicaragua"**
**Veranstaltung des Nicaragua-Solidaritätskomitees Dortmund**
**Mit Film, Musik und Vertretern der Befreiungsbewegungen**
**Mittwoch, 31. Oktober, 19.30 Uhr**
**Begegnungszentrum Nord (Keuning-Haus)**

ROTER MORGEN

## Deine Spende für den Roten Morgen!

**Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten", unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat" vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!**

**Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461**

### 13 000 Besucher in einer Woche

# Gesundheitstag in Bremen

## Viele offene Fragen

**Ein Mammutprogramm von weit über 500 Diskussions- und Arbeitsgruppen, Podiumsgesprächen, Vorträgen, Seminaren, Workshops, von Großveranstaltungen begleitet von einem Kulturprogramm und einer unübersehbaren Menge von Informationsständen — so stellte sich der Bremer Gesundheitstag 1984 dem Besucher dar. Trotz des Versuchs der Veranstalter vom Bremer Gesundheitsladen Akzente zu setzen — sechs Themenschwerpunkte gab es — war die ganze einwöchige Veranstaltung für viele Besucher ein heilloses Nebeneinander aller möglichen Themen, die mehr oder weniger mit Gesundheit und dem Gesundheitswesen zu tun hatten. Dennoch wäre es voreilig und falsch, das Projekt eines solchen Gesundheitstages für falsch, gestorben, für unsinnig zu erklären. Dafür gab es zu viele positive Ansätze, nicht zuletzt der massive Besucherandrang in dieser Woche zeigt das Bedürfnis nach einem solchen Treffen.**

Die Veranstalter vom Bremer Gesundheitsladen hatten sich vorgenommen, aus den Erfahrungen der vergangenen beiden Gesundheitstage Konsequenzen zu ziehen (siehe auch unten: Zur Geschichte des Gesundheitstages). Die sechs großen Themenbereiche sollten ein loses Nebeneinander von allen möglichen Themen verhindern. Die Bereiche waren: **Datensturm** — über die Gefahren der zunehmenden Computerisierung von Staat und Gesellschaft, hier natürlich vor allem auch die Auswirkungen im Gesundheitswesen. Der zweite Bereich hieß: **Aufstand aus dem Abseits**. Die Themen Abseits — gemein(sam) / Psychiatrie / Krüppel und Behinderte / Schwule / Knast / Drogen wurden behandelt und verschiedenste Einzelveranstaltungen fanden statt. Der Themenbereich 3 über Gesundheit im Sozialstaat war überschrieben: **Vom Sozialstaat zur Pflicht zur Gesundheit.** Ein weiterer Bereich umfaßte **Arbeitsmedizin, Umwelt, Naturheilkunde. Die Alltägliche Gesundheit** hieß der Bereich 5 — der umfassendste Aspekt. **Friedensarbeit hier und Solidaritätsarbeit in der Dritten Welt**, Themenbereich 6, hatte den Schwerpunkt Nicaragua. Wie erwähnt, über 500 Veranstaltungen fanden zu diesen Themen statt, unabhängig von breiten Kultur- und Filmprogramm. Dazu standen noch gleichberechtigt verschiedenste Sonderveranstaltungen, wie etwa der Informationsveranstaltung der Angehörigen der politischen Gefangenen der RAF.

Der interessierte Besucher war nicht selten leicht verwirrt. Selbst mit einem bestimmten Interesse an gewissen Themen "vorbereitet" war es kaum möglich, den Überblick zu behalten, eine Sache richtig zu verfolgen, an ihr teilzunehmen. Der RM-Reporter, drei Tage auf dem Gesundheitstag, schaffte gerade einige Veranstaltungen zum Thema Sozialstaat, eine Arbeitsgruppe „Strategien sozialer Grundsicherungen", eine Diskussion über die Krise in Westdeutschland und ihren Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise — die Podiumsdiskussion „Arbeitslosigkeit macht krank — Arbeitslosigkeit macht nicht gesund" waren gerade drei von 138 angebotenen Veranstaltungen im Themenbereich „Vom Sozialstaat zur Pflicht zur Gesundheit".

Obwohl sich gerade bei den erwähnten Veranstaltungen zeigte, daß bei den Besuchern des Gesundheitstages ein großes Interesse an der Sozialpolitik, am Gesundheitswesen nach der Bonner Wende, an allgemeinen Fragen des Gesundheitswesens da war (all diese Veranstaltungen waren überfüllt), standen diese gleichberechtigt neben allen anderen Terminen, die oft nur sehr spezielle Einzelfragen, oder kleine Gruppeninteressen widerspiegelten. Das war kein Versehen der Veranstalter, das war gewollt, und daran krankt der Gesundheitstag. Denn es ist **eine** Sache, die sich in Gesundheitsläden und anderen Initiativen organisierten Aktivisten der Gesundheitsbewegung zum Erfahrungsaustausch einzuladen, ihre Arbeit, ihre Interessen zu beraten — eine andere Sache, einen bundesweiten Gesundheitstag zu organisieren, der zu wesentlichen Fragen der Gesundheitspolitik hier und heute informiert, herrschende Tendenzen kritisiert und Alternativen entwickelt. Alternativen entwickeln, heißt aber auch, Gegenmacht zu schaffen mit Betroffenen, die es nicht nur in der organisierten Gesundheitsbewegung gibt, und die man auch gewinnen, einbeziehen muß. Das gilt für die von schädlichen Arbeitsstoffen bedrohten Arbeiter und Arbeiterinnen bis hin zu den abhängig Beschäftigten in Klinik und Apotheke und anderswo. Und natürlich auch für die Gewerkschaftsbewegung, die sich — nicht erst seit der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung immer mehr um medizinische Probleme in der Arbeitswelt kümmert (kümmern muß). Ein Schwenk dorthin stände gar nicht zwangsläufig den vielen alternativen Ansätzen konträr gegenüber, würde aber neue Gewichte in die Gesundheitsbewegung bringen, die beim rapiden Sozialabbau nach der Bonner Wende mehr denn je dringend nötig wären.

Diese kritischen Anmerkungen sollen aber nicht vergessen machen, daß in vielen der Veranstaltungen Gutes geleistet worden ist, wichtige Informationen öffentlich wurden, Kontakte geknüpft wurden, Erfahrungen ausgetauscht wurden. Die Leute vom Bremer Gesundheitsladen — die als Organisatoren dieser Veranstaltung wirklich viel geleistet haben, wollen noch eine Dokumentation des Gesundheitstages erarbeiten, in der sicher auch die aufgebrochene Diskussion über das Für und Wider — und über das Wenn ja, wie? auftaucht. Nach Erscheinen dieser Dokumentation werden wir im RM nochmal zum Gesundheitstag 1984 in Bremen Stellung nehmen.

Bei der Eröffnungsveranstaltung am 1. Oktober

| Nr. | Zeit | Veranstaltung | Ort |
|---|---|---|---|
| 88 | 11.00-13.00 | Die Arbeit oppositioneller Listen in den Ärztekammern | MZH 7260 |
| 91 | 11.00-13.00 | „Niedergelassener klinischer Psychologe" | MZH 5280 |
| 14 | 14.00-16.00 | Gewerkschaftliche Gesundheitspolitik der Zukunft | MZH 5210 |
| 40 | 14.00-16.00 | Sozialmediz. u. medizinsoziol. Aspekte der Arbeitslosigkeit | MZH 6430 |
| 89 | 14.00-16.00 | Welche Kriterien stellen wir an Ambulante Hilfsdienste? | MZH 7220 |
| 93 | 14.00-16.00 | Projektarbeit — Alibifunktion gegen Arbeitsschutz? | MZH 5280 |
| 9 | 14.00-19.00 | „Lieber mit anderen streiten als alleine jammern" | MZH 7260 |
| 16 | 16.00-18.00 | Gesundheitspolitik der 90er Jahre — eine gesundheits... | MZH 5210 |
| 95 | 17.00-19.00 | Einzige Perspektive Ausstieg | Schlachthof Kesselhalle |
| 139 | 19.00-22.00 | Was stellen sich Linke unter einer alternativen Medizin vor? | Bürgerhaus Neue Vahr Saal |
| 17 | 20.00-22.00 | Gesundheit im Sozialstaat unserer Zukunft — nur eine ... | Schlachthof Kesselhalle |
| | | **Samstag, den 6.10.1984** | |
| 73 | 9.00-13.00 | Auswirkungen der Rotstiftpolitik an den versch. Bremer ... | MZH 5300 |
| 78 | 9.00-13.00 | „Zum Pflegen dumm genug" | MZH 2490 |
| 8 | 9.00-11.00 | Gesundheit als höchstes Gut | MZH 5280 |
| 20 | 9.00-11.00 | Unterstützung von Selbsthilfegruppen durch Selbsthilfe... | MZH 5210 |

| Zeit | Veranstaltung | Ort | Nr. |
|---|---|---|---|
| 9.00-11.00 | Ist die Frage nach Beteiligung der Bevölkerung ... | MZH 6310 | 65 |
| 9.00-11.00 | Prävention hat Priorität | MZH 6320 | 66 |
| 9.00-11.00 | Nicht der Arzt, sondern das Gesundheitssystem steht im ... | MZH 6410 | 67 |
| 9.00-11.00 | Einfache Medizin kann auch ... | MZH 6430 | 68 |
| 9.00-11.00 | Die beabsichtigte Zentralisierung der Bremer Kinderkliniken ... | MZH 5280 | 74 |
| 9.30-11.00 | Neue Deutsche Seelenheilkunde: Aufstieg im Schatten ... | MZH 7220 | 117 |
| 11.00-12.30 | Heilung und Vernichtung in Neurologie und Psychoanalyse ... | MZH 7220 | 115 |
| 13.30-15.00 | Ernst Simmels Sanatorium Kurhaus Schloß ... | MZH 7220 | 116 |
| 10.00-13.00 | Moeller — Nein Danke | GW 2 B 2780 | 23 |
| 10.00-15.00 | Ich klage an (Spielfilm, 1941) Sterbehilfe — Tötung auf ... | Uni Theatersaal | 105 106 |
| 11.00-13.00 | Sozialhilfe — Dein gutes Recht! | MZH 5280 | 36 |
| 11.00-13.00 | Diskussionsrunde | MZH 5210 | 69 |
| 11.00-13.00 | Rassenhygiene u. Sonderpäd. ... | MZH 6430 | 124 |
| 14.00-17.00 | Ausbau der ambul. Dienste?! | MZH 7260 | 90 |
| 15.00-18.00 | Die nationale Strategie Gesundheit 2000 | GW 2 B 1820 Kongreßsaal | 70 |
| 15.00-16.30 | Psychotherapie im Dritten Reich | MZH 7220 | 118 |
| 16.30-18.00 | 100 Jahre Johannes Heinrich Schultz | MZH 7220 | 119 |
| 18.00-19.30 | Die „Euthanasie" in Hadamar | MZH 7220 | 120 |
| 15.00-20.00 | „Bremen ist krank" | MZH 1380-1400 u. gr. Senatssaal | 80 |

**Kaum zu überblicken. Eine Seite aus dem 52 Seiten starken Heft mit Programmankündigungen. Veranstaltungen zu einem der sechs Themenkreise. Auch das fast 500 Seiten starke Programmbuch mit inhaltlichen Angaben konnte da nicht viel helfen. Über 500 Veranstaltungen fanden in Bremen statt.**

## RM-INTERVIEW

„Friedensarbeit hier und Solidaritätsarbeit in der dritten Welt" war einer der Themenschwerpunkte des Bremer Gesundheitstages überschrieben. Dazu war ein wichtiger Vertreter der US-Friedensbewegung zu Gast. Anthony Guarisco, Direktor der Internationalen Vereinigung von Atombombenopfern („Atomic Veterans") bereiste für einige Wochen die Bundesrepublik Deutschland, besuchte die Veranstaltung Künster für den Frieden in Dortmund, war in Fulda dabei und sprach vor den Teilnehmern des Bremer Gesundheitstages. Als Anthony Guarisco in Bremen hörte, daß der Marsch gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit gerade in der Stadt Station machte, war er auch da und berichtete von Problemen der Rassenunterdrückung und Ausländerfeindlichkeit in den USA. Auf dem Gesundheitstag bot sich dem Roten Morgen die Gelegenheit mit Anthony Guarisco über das Anliegen seines Besuches hier zu sprechen, nämlich für ein weltweites Nuklear-Test-Stopp-Abkommen zu werben.

Zur Person Anthony Guariscos ist noch anzumerken, daß er 1946 als US-Soldat an Atombombentests auf dem Bikini-Atoll teilnahm und von den Spätfolgen der Strahlung, der er damals ausgesetzt war, erheblich behindert ist. Dennoch ist er unermüdlich für den Frieden aktiv. Wir fragten ihn:

### *Für die Verschrottung aller Atomwaffen*

**RM: Kannst du uns einiges über deine Organisation und ihre Ziele berichten?**

**A.G.:** Unser Ziel ist es, zum 40. Jahrestag des Abwurfs der Hiroshima-Bombe, also am 6. August 1985 ein weltweites Nuklear-Test-Stopp-Abkommen durchzusetzen. Die Internationale Vereinigung von Atombombenopfern arbeitet in vielen Ländern. In den USA haben wir Freunde in Senat und Kongreß und nehmen Einfluß auf die Gesetzgebung. Vor allem aber stützen wir uns auf die Friedensbewegung, auf Friedensgruppen, Abrüstungs- und Antinukleargruppen.

**RM: Nach deinem Auftritt bei der Veranstaltung Künstler für den Frieden, nach deinem Besuch bei den Aktionen der Friedensbewegung in Fulda — was sind die wichtigsten Eindrücke deines Aufenthaltes in der Bundesrepublik?**

**A.G.:** Zunächst mal, was nicht gut ist: das Gefühl, daß es eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen der Reagan-administration und der Bonner Regierung gibt. Die BRD — so denken viele US-Bürger — hätte sich weigern sollen, die neuen Raketen aufzustellen. Aber jetzt sagen auch viele, die neuen Raketen sind hier, weil die Leute sie wollen. Positiv sind die Eindrücke über die westdeutsche Friedensbewegung. Sie ist sehr stark. Sie ist sehr gut organisiert. Die Zeit ist reif, zur Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung in den USA. Das sollte vor allem durch vermehrte Kontakte geschehen, die heute noch nicht bestehen.

**RM: Kannst du kurz über die US-Friedensbewegung berichten?**

**A.G.:** Die US-Friedensbewegung ist sehr groß. Sie ist gerade in den letzten Jahren zu einer breiten Bewegung geworden. Ronald Reagan hat viel damit zu tun, er hat viele Leute erschreckt, aufgeschreckt. Aber es ist noch ein Problem, sie zusammen zu organisieren, dazu gehört unter anderem auch viel Geld.

**RM: Die nächsten Pläne?**

**A.G.:** Unser Hauptziel wollen wir über verschiedene Forderungen, über Teilschritte erreichen. Erstens durch den Stopp aller Atomwaffentests, aller nuklearen Explosionen. Das wäre der erste Schritt zum Ende der atomaren Aufrüstung. Dann müßte das Stationierungsverbot für atomare Raketen — inklusive des Weltraums — kommen, dann wäre das dritte Ziel leichter: alle noch bestehenden Atomwaffen zu verschrotten!

**RM: Anthony, wir danken für dieses Gespräch und wünschen dir und der Friedensbewegung in den USA viel Erfolg.**

**A.G.:** Auch ich möchte mich für das Interesse an meiner Reise durch die Bundesrepublik bedanken.

## Zur Geschichte des Gesundheitstages

**Der Bremer Gesundheitstag war das dritte Treffen dieser Art, Gesundheitstage hatten schon 1980 in Westberlin und 1981 in Hamburg stattgefunden. Wie die Veranstalter dieses dritten Gesundheitstages die „Geschichte" der Gesundheitsbewegung sehen, schreiben sie in einem Artikel nieder, den wir in Auszügen veröffentlichen. Er ist überschrieben: „Agonie der Gesundheitsbewegung und neue Perspektiven für die Gesundheitsläden" und war auch Grundlage für das Eröffnungsreferat am 1. Oktober in der Bremer „Glocke".**

1. Gesundheitstag im Mai 1980 in Berlin: Alle, die sich von Fragen der Gesundheit bewegen ließen, finden sich zu ihrem ersten, großen, gemeinsamen Treffen. **„Der Gesundheitstag 1980"**, so die damalige Aufforderung, „besitzt keine neuen Rezepte, keine neue Lehre von der heilen Medizin, nur das Wissen, daß die alten Rezepte und Lehren ihre Untauglichkeit alltäglich beweisen. Wir brauchen die Krise der Medizin nicht zu beschönigen, im Gegenteil: Ansätze zu ihrer Überwindung sind vorhanden, sie zu hinterfragen und ihre Weiterentwicklung anzupacken, ist Aufgabe und Ziel." Diese Aufgabe wurde geleistet, das Ziel angepackt: Viele neue Ideen nahmen Gestalt an, vielfältige Anstöße in die unterschiedlichsten Richtungen gesundheitsbewußter Arbeit gegeben.

Vier Bereiche der Umsetzung dieser Anstöße lassen sich herausschälen, um das Spektrum grob zu verdeutlichen. Da ist zunächst der Bereich der medizinkritischen Arbeit am Arbeitsplatz, sei es in der Klinik oder der ärztlichen Praxis, wobei dort gerade die Vorstellung vom selbstbestimmten, gleichberechtigten Arbeitsplatz mit alternativer Medizin eine große Rolle spielte.

In einem weiteren Bereich hat gerade der Gesundheitstag 1980 weitreichende Anstöße gegeben, hat ein Thema aus der Tabuzone gerissen: Medizin und Nationalsozialismus! Kontinuität und Bruch, wissenschaftlich begründet dargestellt, zwangen zum Nachdenken.

Der weitaus größte Bereich, der seine Entstehung und Ausbreitung aus dem GT 1980 zog, war das weite Feld der „Selbsthilfe" in all ihren Spielarten. Das Bedürfnis der „Gesundheitsbewegung" nach geistiger, seelischer und körperlicher Therapie war groß, in allen denkbaren und undenkbaren Richtungen sprossen die „Schulen" aus dem Nährboden der von der Natur und den Mitmenschen entfremdeten Gesellschaft. Die „große bunte Wiese" überwucherte den Boden der Gesundheitsbewegung.

2. Sie wurde größtenteils mit ihr gleichgesetzt empfunden.

Nicht zuletzt verdanken die Gesundheitsläden ihre Entstehung den Anstößen des GT 1980. Wie nach einem warmen, nährenden Regen die Pilze aus dem Boden sprießen (oder besser sprossen), so gab es bald nach dem GT Gesundheitsläden und -initiativen in fast jeder größeren Stadt der Bundesrepublik. Deren Zusammenfassung in mehr oder weniger regelmäßigen bundesweiten Treffen blieb nicht aus. Es zeigten sich jedoch bald die unterschiedlichsten und teilweise **nicht zu verbindenden Ansätze:**

- der Selbsthilfeansatz mit dem Angebot von psychischer und körperlicher Therapie für sich selbst oder kleine Gruppen;
- der Helferansatz mit den Patientenberatungs- und -beschwerdezentren als vorärztliches (unverbindliches) Betätigungsfeld;
- und der Politikansatz mit öffentlichkeitswirksamen und publizistischen Aktionen und — in neuerer Zeit — Zulieferarbeit für die GRÜNEN.

Die Ansätze der „Medizinischen Informations- und Kommunikationszentren", als welche sich die Gesundheitsläden verstehen, waren vielfältig und nicht zuletzt von den persönlichen Utopien in den Köpfen der Mitarbeiter bestimmt.

Diese Vielfalt, dieser Urwuchs der großen bunten Wiese schlug sich im 2. Gesundheitstag in Hamburg 1981 nieder und hinterließ vor allem bei den Aktiven in den Gesundheitsläden den schalen Geschmack der Unverbindlichkeit und Perspektivlosigkeit.

**Die „Stärke der Vielfalt" schlug um in eine Mannigfaltigkeit der Selbstbefriedigung. Man blieb unter sich, auf den eigenen Bauchnabel konzentriert, Körper und Geist waren an den Markt der Möglichkeiten** verkauft. Jeder konnte sich darstellen, ohne seine Position in Diskussionen erklären oder verteidigen zu müssen. Entsprechend der fehlenden Auseinandersetzung der verschiedenen Positionen war von einer gemeinsamen Perspektive der Gesundheitsbewegung nach dem GT nichts zu spüren.

(...)

- 4. Die in Berlin (und teilweise in Hamburg) angestoßene Arbeit vor Ort, d.h. der Versuch der Verankerung von Elementen einer alternativen Medizin in Klinik und ärztlicher Praxis, wurde weitestgehend von den Friedens- und Ärzteinitiativen im Gesundheitswesen aufgesogen und unmerklich zur inneren Friedfertigkeit hinwegtherapisiert.
- Die Solidaritätsarbeit mit und in der Dritten Welt, in Hamburg doch ganz gut auf- und verarbeitet und der einstigen Flausen beraubt, hat gerade durch die Friedensarbeit hier neue Anstöße bekommen, aber teilweise wieder mit den alten Fehlern.

(...)

Das Ziel des Gesundheitstages 1984 in Bremen: Anstöße zu geben für die kontroverse Bearbeitung der hier aufgeworfenen Fragen. Dies bedeutet (traurigerweise) praktisch ein Zurückfallen auf den Stand von Berlin 1980 und gleichzeitig das Sich-Einlassen auf die neuen Probleme. Aus der Stimmungsmache gewendeter Zeiten heraus sind wir aufgestanden, neue Akzente in der Gesundheitsbewegung zu setzen. Widersprüche werden aufbrechen, Programm und Struktur sind daraufhin zugeschnitten, die Probleme zu akzentuieren und Anstöße in ihrer Widersprüchlichkeit aufzunehmen. Nicht trotzig die obrigkeitsstaatlich gewährten Freiräume auszuschöpfen, sondern nach selbstbewußter Bestandsaufnahme die eigenen Werte ins Blickfeld rücken, heißt die Devise. (...)

## Ausländisches Kapital in Mexiko

# Wie der Reichtum Armut schafft

**MUERTE, MISERIA, HAMBRE ... die Folgen der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit der mexikanischen Revolution von 1910, werden von der mexikanischen Bevölkerung in Anspielung auf die Austeritätspolitik und die Initialen des seit dem 1. 12. 1982 amtierenden Präsidenten *M*iguel de la *M*adrid *H*urtado mit muerte (Tod), miseria (Elend), hambre (Hunger) zusammengefaßt.**

**Muerte** steht für die drastische Streichung der ohnehin schon unzureichenden Ausgaben im Gesundheitsbereich; für die steigende Zahl der Arbeitsunfälle; für die tausende an Unter- oder Mangelernährung Sterbender; für die Opfer der politischen Unterdrückung.

**Miseria** für die wachsende Ausbeutung und Ausplünderung durch den Imperialismus; die steigende Auslandsverschuldung und die damit zusammenhängenden, ins Unermeßliche steigenden Zins- und Kreditrückzahlungen; für die Anhebung der indirekten Steuern und die kontinuierliche Abwertung des Peso.

**Hambre**, weil die Löhne nicht mehr zum Leben reichen, weil die Preise weiter steigen und weil die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln und anderenfür den täglichen Bedarf wichtigen Gütern unvermindert weitergeht. Hunger, weil die Zahl der Arbeitslosen täglich weiter zunimmt und sie ohne Arbeitslosengeld wie die Millionen anderen arbeitslosen oder unterbeschäftigten Mexikaner ums nackte Überleben kämpfen müssen.

Das zunehmende Massenelend und die immense Verschuldung Mexikos sind die beiden Seiten ein und derselben Medaille. Sie haben etwas mit der Entwicklung des Kapitalismus in Mexiko zu tun, der Entwicklung eines **abhängigen** Kapitalismus wie er für die sogenannten "Schwellenländer" ebenso wie für die anderen unterentwickelt gehaltenen Länder charakteristisch ist, **und** damit zusammenhängend mit der Rolle des ausländischen Kapitals. An dieser Stelle soll nur auf die ausländischen Direktinvestitionen eingegangen und aufgezeigt werden, welche Folgen der Kapitalexport der imperialistischen Länder (allen voran die USA) für die Wirtschaftsstruktur und auch die aktuelle Verschuldungskrise Mexikos hatte und weiterhin hat.[1]

Nicht die mexikanische Revolution von 1910 führte in der Praxis zu einer grundlegenden Umorientierung der Wirtschaftspolitik und -struktur Mexikos, sondern die Weltwirtschaftskrise von 1929 und ihre Folgen für die Im- und Exportstruktur sowie die Verschärfung der sozialen Kämpfe der mexikanischen Werktätigen, Kämpfe für die Verwirklichung der in der Verfassung verankerten Prinzipien und Ziele: Agrarreform, soziale Gerechtigkeit, nationale Souveränität über die Bodenschätze, tatsächliche Umsetzung der antiimperialistischen Prinzipien.

Unter dem Stichwort „Import-Substitution" versuchte Mexikos Regierung — ähnlich wie Argentinien, Brasilien und Chile — einen staatlich geförderten Industrialisierungsprozeß voranzutreiben, der größere Unabhängigkeit und eine eigenständige Entwicklung zur Folge haben sollte, in Wirklichkeit aber die Abhängigkeit vom imperialistischen System und Weltmarkt auf neuem Niveau fortsetzte.

An die Stelle des Austausches von Rohstoffen und/oder Agrarprodukten gegen industrielle Konsumgüter, charakteristisch für den „klassischen" imperialistischen Reproduktionszusammenhang, trat ab den 30er Jahren, besonders aber ab den 40er Jahren verstärkt der Austausch von Rohstoffen, Agrarprodukten und in geringerem Maße industriellen Produkten gegen Maschinen, Ausrüstungsgüter und Halbfabrikate zum Ausbau der eigenen Industrie. Die Finanzierung dieses äußerst kapitalintensiven Industrialisierungsprozesses konnte jedoch nicht allein mit Hilfe der Exporterlöse und den bisher erreichten Importsubstitutionen (= Ersatz von Importen durch Inlandsproduktion) erfolgen, sondern erforderte das Eingreifen des Staates.

Der mexikanische Staat übernahm die Produktion und Bereitstellung der für die industrielle Entwicklung wichtigen Produkte und Dienstleistungen, förderte mit einem umfassenden Katalog von finanziellen Anreizen den Aufbau von Betrieben, schützte die sich entwickelnde Industrie vor ausländischer Konkurrenz durch entsprechende Schutzzölle. Ausgenommen von den erschwerten Importbestimmungen blieben jedoch die Einfuhren von Halbfabrikaten, Maschinen, Ausrüstungsgütern, Rohstoffen zum Auf- und Ausbau der Industrie **und** die Ansiedlung ausländischer Unternehmen.

Nach anfänglichem Zögern — die Erfahrungen der Enteignung der Erdölindustrie 1938 und die Enteignung ausländischer Großgrundbesitzer im Zuge der Agrarreform in den 30er Jahren waren noch frisch — begannen vor allem die großen US-Konzerne ab den 50er Jahren Tochtergesellschaften bzw. ausländische Filialen zu gründen, d.h. Kapital direkt anzulegen (ausländische Direktinvestitionen). Die beiden Statistiken zeigen a) die „Umorientierung" der Anlagebereiche ausländischen Kapitals in Mexiko (Statistik 1: Ziele der ausländischen Direktinvestitionen) und b) die vorherrschende Position US-amerikanischen Kapitals (Tabelle 2: Herkunftsländer der ausländischen Direktinvestitionen).

**Tabelle 1: Anlageziele der ausländischen Direktinvestitionen**

| Jahr | Bergbau | Transport Kommunikation | Gas/ Wasser/ Elektrizität | Handel | Industrie |
|---|---|---|---|---|---|
| 1939 | 26% | 31% | 32% | 3% | 6% |
| 1960 | 16% | 3% | 1% | 18% | 56% |
| 1980 | 5% | — | — | 9% | 78% |

**Tabelle 2: Herkunftsländer der ausländischen Direktinvestitionen (1960—1980)**

| Land | 1960 | 1975 | 1980 |
|---|---|---|---|
| USA | 83,2% | 70,1% | 69,0% |
| BRD | 0,6% | 6,2% | 8,0% |
| Japan | 0,5% | 2,0% | 5,9% |
| Schweiz | 1,3% | 4,3% | 5,6% |
| England | 5,1% | 5,5% | 3,0% |
| Spanien | — | 0,9% | 2,4% |
| andere Länder | 9,3% | 11,0% | 6,1% |

Mit ihren Investitionen übersprangen die Filialen der großen Konzerne mit einem Satz die gegen die ausländische Konkurrenz errichteten Zollschranken und bemächtigten sich des Industrialisierungsprozesses Mexikos (aber auch der anderen lateinamerikanischen Staaten) von innen her, indem sie die Schlüsselpositionen der Industrie einnahmen. Die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) beschrieb diesen Prozeß so: "Die lateinamerikanischen Unternehmen sind in den bereits bestehenden Industrien, vor allem denen, deren Technologie weniger kompliziert ist, vorherrschend, während die nordamerikanischen Privatinvestitionen (...) laufend ihren Anteil an bestimmten dynamischen Industrien erhöhen, die einen relativ hohen Grad technologischen Fortschritts erfordern und die bei der Festlegung des Kurses der wirtschaftlichen Entwicklung eine größere Rolle spielen". Generalsekretariat der OAS „El financiamiento externo para el desarrollo de la América Latina". Washington 1969.

Genausowenig wie das „klassische" Imperialismusmodell führte das „neue" Imperialismusmodell den Wohlstand in den abhängig gehaltenen Ländern herbei. Im Gegenteil: die sozialen Spannungen wurden nicht gemildert, sondern verschärft; die Not noch weiter verbreitet; der Reichtum in noch stärkerem Maße konzentriert.

Die „nationale" Industrie, die zu entwickeln sie vorgaben, wurde „geschluckt", vereinnahmt, ihren Interessen untergeordnet. Das Kapital, das sie angeblich zur Entwicklung beisteuerten, wurde in Wirklichkeit dem Land entzogen, da der Hauptteil der Gewinne, erzielt durch die Ausbeutung der „billigen" Arbeitskräfte und durch die Möglichkeit überhöhte Preise zu fordern, nicht im Land wieder investiert sondern ins Ausland überwiesen wurde.

Nebenbei bemerkt, bedeutete das Interesse der imperialistischen Konzerne, sich in das Wachstum der mexikanischen Industrie dominierend einzuschalten und es zu ihren Gunsten auszunutzen, natürlich keineswegs eine Abkehr von allen anderen traditionellen Formen der Ausbeutung.

Mit bedingt durch die zunehmenden Proteste und Kämpfe Ende der 60er Jahre gegen die miserablen Lebensbedingungen, gegen Unterdrückung, für Solidarität mit den Befreiungsbewegungen und der Entwicklung in Chile und auch als Ausdruck der — zumindest in Worten — populistischen und nationalistischen Politik Echeverrias wurde Anfang '73 das „Gesetz über die Regulierung der ausländischen Direktinvestitionen" verabschiedet.

Die in diesem Gesetz formulierten Kriterien für die ausländischen Investitionen faßten an vielen Stellen indirekt die bisher gemachten Erfahrungen mit ausländischen Unternehmen zusammen.

Hier einige der im Gesetz festgelegten „Bedingungen":

1. Anpassung an die im Land geltenden Gesetze;
2. Ergänzung und nicht Verdrängung nationaler Unternehmen[2]
3. Assoziierung mit mexikanischem Kapital: als Grundregel gilt mexikanische Kapitalmehrheit;
4. Bevorzugte Einstellung/ Beschäftigung mexikanischer Angestellter im Verwaltungsbereich und mexikanischer Techniker. Qualifizierung der Arbeiter.
5. Vorrangige Produktion für den Export (und nicht für den Binnenmarkt). Export auch in die Ursprungsländer der ausländischen Investoren.
6. Integration in die nationale Wirtschaft durch maximalen Einsatz mexikanischer Rohstoffe, Einzelteile, Maschinen etc.
7. Finanzierung der Produktion etc. mit Krediten aus dem Ausland und nicht Inanspruchnahme von Inlandskrediten;
8. Einsatz und Entwicklung von Technologien, die sich unseren Notwendigkeiten und Bedingungen anpassen.[3]

Elf Jahre sind seit der Verabschiedung dieses Gesetzes vergangen, doch die mexikanische Wirklichkeit zeigt, daß sich am Verhalten und Vorgehen der ausländischen Unternehmen wenig geändert hat. Auf eine Untersuchung der Gründe muß hier verzichtet werden, da der Schwerpunkt auf dem Aufzeigen der Auswirkungen der ausländischen Investitionen für Mexiko liegen soll.

Der Anteil ausländischer Unternehmen an der industriellen Produktion beträgt heute 35 Prozent, aber 79 Prozent der gesamten industriellen Produktion erfolgt in den Industriezweigen, in denen zumindest eine ausländische Firma zu den vier größten Betrieben der Branche gehört und durch diese Marktposition entscheidenden Einfluß ausüben kann. Entscheidend ist jedoch in diesem Zusammenhang die Frage, **was** wird von den ausländischen Unternehmen produziert, für **wen** und mit **welchen Folgen** für den Arbeitsmarkt?

Ausländische Firmen beherrschen die Zigaretten-, Arzneimittel- (je 94 Prozent), die Kautschukproduktion einschließlich diverser Nebenprodukte (87 Prozent), die Produktion von Computern und Büromaschinen (87 Prozent), die Haushaltsartikelherstellung (86,3 Prozent), die Kupfer- und Aluminiumproduktion (81,7 Prozent), sie kontrollieren 62,6 Prozent des für Industriemaschinen und -ausrüstungen investierten Kapitals, die Hälfte der Automobilproduktion und der Zulieferbetriebe, 47 Prozent der Lebensmittel- und Getränkeproduktion, um nur die wichtigsten Bereiche zu nennen.[4]

Produziert werden in diesen Bereichen dieselben Produkte wie in den hochindustrialisierten kapitalistischen/imperialistischen Ländern. Waren, die bei uns zu Massenkonsumgütern zählen (Kühlschränke, Elektro-/Gasherde, Autos, Waschmaschinen etc.) sind aufgrund der Einkommensverhältnisse in Mexiko nur für die privilegierte Minderheit finanzierbar. Und allein auf diese kleine Schicht ist die Produktion orientiert. Die tatsächlichen Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Mehrheit spielen — angesichts der bestehenden Profitmöglichkeiten und dem nach wie vor intensivierbaren Absatzmarkt — keine Rolle, es sei denn, daß man die tatsächlich massenhafte Verbreitung des Coca-Cola- bzw. Pepsi-Konsums und die weiter um sich greifende Verdrängung von tortillas durch Weiß-/Toastbrot als „Produktion entsprechend den Bedürfnissen der Mehrheit" betrachtet. Übrigens kostet ein Liter Cola nur halb soviel wie ein Liter Milch!

Doch nicht nur die Produkte sondern auch die Produktionstechniken sind identisch mit denen in den hochindustrialisierten kapitalistischen/imperialistischen Ländern: Arbeitsplätze werden folglich nur in geringem Maße geschaffen.

Ungeachtet der „Bedingung", daß die ausländischen Unternehmen in Mexiko hergestellte Rohstoffe, Einzelteile und Ausrüstungsgüter verwerten sollen, ist der Importanteil der ausländischen Unternehmen, gemessen an den Importen der gesamten Industrie überproportional groß. Da ihr Exportverhalten dem der mexikanischen Industrie entspricht (nämlich unbedeutend ist) wird der **negative** Einfluß der ausländischen Unternehmen auf die Handels- und Zahlungsbilanz deutlich.

Hinzu kommt, daß Mexiko für die Einführung und Anwendung „neuer" Technologien, wie sie vorrangig von den ausländischen Unternehmen eingesetzt wird, bezahlen muß — ein weiterer „Beitrag" der ausländischen Unternehmen für die Verschuldung Mexikos.

Angesichts der Tatsache, daß die meisten ausländischen Unternehmen ihre Maschinen etc. aus ihren Herkunftsländern einführen, bekommt Lenins Einschätzung, „daß sich der Kapitalexport in ein Mittel zur Förderung des Warenexports verwandelt" eine aktuelle Bedeutung. Daß die ausländischen Investitionen in keinem Verhältnis zu den im Land erzielten und zurück ins Ausland transferierten Gewinnen steht, macht folgende Bilanz deutlich:

**Tabelle 3: Ausländische Investitionen (Kapital„einfuhr") im Vergleich zu den Gewinnüberweisungen in die Ursprungsländer einschließlich der Zahlungen für „Technologietransfer"**

| Jahr | Saldo in US-Dollar | |
|---|---|---|
| 1940 | minus | |
| 1960 | minus | 10,0 Millionen |
| 1970 | minus | 63,0 Millionen |
| 1971—1975[1] | minus | 151,0 Millionen |
| 1976 | minus | 1169,6 Millionen |
| 1976—1981[1] | minus | 360,0 Millionen |
| 1981[1] | minus | 1369,1 Millionen |
| | minus | 1198,7 Millionen |

Quelle: B. Sepúlveda u.a. Las Empresas Transnacionales en México. México D.F. 1974, S. 41

[1]Zahlen aus: A. Aguilar u.a. „La nacionalización de la banca. La crisis y los monopolis". México, D.F., 1982, S. 101.

Daß die ausländischen Unternehmen in der Vergangenheit und auch heute die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme verschärfen, machen folgende Zahlen deutlich: Allein im ersten Halbjahr 1982 wurde 6(!!)mal soviel Kapital von den ausländischen Unternehmen ins Ausland überwiesen, als neu investiert wurden:

336,8 Millionen US-Dollar Neuinvestitionen gegenüber 2006,7 Millionen US-Dollar Gewinnüberweisungen,

„zufällig" zu einem Zeitpunkt, wo der Peso unter anderem als Folge der drastisch zunehmenden Devisen„flucht" abgewertet werden mußte. Am Rande bemerkt: die Höhe der innerhalb weniger Monate ins Ausland geschafften Gewinnüberweisungen (Gewinne auf wessen Kosten?) entsprechen 2,2 Prozent der Auslandsschulden Mexikos.

Es gibt viele Punkte, die hier nicht angesprochen wurden, aber aufgezeigt werden hätten müssen: die Ausbeutung der Arbeiter in den ausländischen Unternehmen, die Zerschlagung von Streiks, das Verbot der gewerkschaftlichen Organisierung, die Ermordung von Arbeitern und vieles mehr. Auch „unser" im Vergleich zu Lateinamerika nach wie vor bestehender Wohlstand — trotz Krise und Arbeitslosigkeit — wurde nicht problematisiert, nicht in Verbindung gebracht mit den ausländischen Investitionen des deutschen Kapitals, mit unseren Lebensbedingungen.

Sehr knapp faßte Eduardo Galeano in seinem Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas" diese in diesem Artikel nicht behandelten Probleme zusammen: „Damit die lateinamerikanischen Arbeiter ihre Aufgabe als **Geiseln des Wohlstandes anderer** erfüllen können, müssen sie wie Gefangene behandelt werden — hinter und vor den Gittern der Gefängnisse."

## Anmerkungen

[1]Der Begriff der „Verschuldungskrise" beschreibt allerdings nur ein Symptom. Die Verschuldung ist **nicht** Ursache der Krise, sondern Folge der Entwicklung des kapitalistischen und dem daraus hervorgegangenen imperialistischen Systems, Folge der nach den Interessen der imperialistischen Länder strukturierten „internationalen Arbeitsteilung". Eine ausführliche Analyse der Ursachen, Zusammenhänge und Auswirkungen der „Verschuldungskrise" wird in einem der nächsten Theoretischen Organe erscheinen.

[2]Bis 1946 waren 73 Prozent der ausländischen Filialen nordamerikanischer Unternehmen Neugründungen. Zwischen 1946 und 1957 sank der Anteil an Neugründungen auf 52 Prozent, zwischen 1958 und 1967 ging er auf 34 Prozent zurück.

[3]zitiert bei Carlos Tello, „La politica económica en México 1970—1976", México, D.F. 1979, S. 58f. (eigene Übersetzung)

[4]J. L. Cecena, „México en la òrbita imperial", México 1970, S. 196.

**Letzte Meldung**

## Terror in Azania

**Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe des Roten Morgen erreichen uns Meldungen vom Einsatz großer militärischer Einheiten der südafrikanischen Armee gegen Wohnviertel der Schwarzen um Johannesburg. „Reguläre" Einheiten der Armee, große Kontingente auch mit Wehrpflichtigen haben mindestens eine große Vorstadt besetzt und suchen, wie es in Agenturmeldungen heißt, nach „kriminellen" und revolutionären Elementen". Hunderte Verhaftungen soll es schon gegeben haben.**

**Nachdem in den letzten Monaten Polizei- und Militäreinheiten schon rund 100 Bürger ermordet haben, beginnt offensichtlich eine neue Welle des staatlichen Terrors. Die Militäraktion in den Wohnvierteln der Armen soll den in den letzten Monaten stark aufgeflammten Widerstand brechen. Die schwarze Bevölkerung Azanias, in großer Armut lebend und politisch völlig rechtlos, hat keine anderen Mittel als den militanten Widerstand gegen das Rassistenregime des Premierministers Botha. Die neue Terroroffensive der Rassisten aus Pretoria muß auf internationalen Widerstand stoßen.**

## Meldungen

**Regionalwahlen in Madeira/Portugal**

### UDP verdoppelt Stimmanteil

Bei den Wahlen zum Regionalparlament der Insel Madeira erzielte die UDP (Demokratische Volksunion) in der die Kommunisten der PC(r) Portugals eine entscheidende Rolle spielen, einen bedeutenden Wahlsieg. Sie verdoppelte ihren Stimmanteil auf über 6600 Stimmen und hat nun statt bisher einem künftig zwei Abgeordnete im Regionalparlament, (ein dritter wurde knapp verpaßt).

Auch bei den Wahlen in den Städten, vor allem der Hauptstadt Funchal und der zweitgrößten Stadt auf der Insel Machico wurden große Stimmgewinne verbucht, von 1716 auf 3331 beziehungsweise von 919 auf 2572, die Vertretung in den Stadträten deutlich ausgebaut. Dieses gute Wahlergebnis ist in erster Linie Resultat der Tatsache, daß es die UDP war, die in allen Bereichen am deutlichsten Front gegen die rechte Regionalregierung gemacht hatte, die seit langem versucht, aus der Insel einen ultrarechten Brückenkopf zu machen. Zahlreiche bekannte Gewerkschaftsfunktionäre auf den UDP-Listen waren ein weiterer Faktor, der die UDP von anderen Organisationen sichtbar unterschied. Der größte Verlierer der Wahl war die PS von Mario Soares, die UDP wurde zur fünftstärksten Partei der Insel.

# Nicaragua vor den Wahlen

**Am 4. November sollen in Nicaragua die ersten freien Wahlen stattfinden. Die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung und des Präsidenten ist nicht nur die Erfüllung eines der ersten Versprechungen der Revolutionäre der FSLN, die Wahl ist auch schon lange eine Forderung der inneren und internationalen Opposition.**

Hauptziel der Wahlen ist, wie es in einem Dokument heißt, das alle teilnehmenden Parteien jetzt unterschreiben wollen, die „demokratische Institutionalisierung" der Revolution fortzuführen. Ein Block rechter Gruppierungen, die CDN (Coordinadora Democracia) hatte schon früh einen Wahlboykott erklärt. Unerfüllbare Forderungen, die die Rechten stellten, nahmen sie als Vorwand um das ganze Wahlverfahren als undemokratisch abzuqualifizieren. Dabei war es ganz offen, daß sie eine vernichtende, blamable Niederlage erleiden würden. Selbst die Reise des Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, nach Managua konnte die CDN nicht umstimmen. Sie bleibt außen vor. Jetzt hat auch die Liberale Patei, PLI, ihre Wahlteilnahme abgesagt, nachdem sie bislang alle Wahlvorbereitungen mitgetragen hatte. Die Boykotteure spekulieren offensichtlich darauf, mit ihrem Rücktritt von der Kandidatur die Wahlen in den Augen der Weltöffentlichkeit als undemokratisch, als Scheinwahlen darzustellen. In Wirklichkeit tun sie nichts anderes, als die weiterhin unverändert aggressive Politik des US-Imperialismus zu unterstützen, der die sandinistische Herrschaft in Nicaragua als fürchterliche Diktatur bezeichnet, die man stürzen müsse. Erst jüngst hat die erzreaktionäre UN-Botschafterin der USA dies wieder offen ausgesprochen.

Während trotz dieser Störmanöver die Vorbereitungen für die ersten freien Wahlen in Nicaragua weitergehen, sind die Führer der Befreiungsfront FSLN weiterhin um Kompromisse bemüht, suchen den Ausgleich mit innenpolitischen Gegnern.

Am vergangenen Samstag hat zum ersten Mal ein Gespräch der Regierung mit einem der Führer der antisandinistischen Indianerorganisationen stattgefunden.

Brooklyn Rivera, der die Organisation „Misurasata" mit ungefähr 2000 bewaffneten Kämpfern anführt, traf in Managua mit Daniel Ortega von der Junta des Nationalen Wiederaufbaus zusammen. Hauptforderungen des Führers dieser Indianergruppe sind: die Anerkennung eines indianischen Territoriums, Autonomie der Dorfgemeinschaften innerhalb des nicaraguanischen Staates und Organisationsfreiheit für eine nicht vom Staat kontrollierte Indianerorganisation. Dafür bot Rivera einen Waffenstillstand an. Rivera ist nur einer der Führer der indianischen Organisationen, die sich alle sehr unterschiedlich gegenüber der sandinistischen Regierung verhalten. Im Gegensatz zu Steadman Fagoth z.B., dem Führer der „Misura"-Organisation, hat er nie mit den großen Contra-Einheiten, etwa denen von Eden Pastora, zusammengearbeitet. Dem Miskito-Führer Rivera hatte man von Managua aus schon länger eine Amnestie für sich und seine Leute angeboten. Ein Ausgleich der FSLN mit Rivera würde zwar kein Ende der Kämpfe in der Miskito-Region bedeuten, aber es hätte Signalwirkung für die Bereitschaft der Sandinisten auch dies große innere Problem konstruktiv anzugehen.

# CIA-Terrorismusanleitung

**Ein vom CIA herausgegebenes Handbuch ist ein weiterer Beweis für die Kriegspolitik des US-Imperialismus gegen Nicaragua. Unter dem Titel *„Psychologische Operationen im Guerillakrieg"* wird in spanischer Sprache verbreitet, wie man mit terroristischen Mitteln der Regierung Nicaraguas schaden kann, wie man Unruhe im Land schaffen kann, für unstabile Verhältnisse sorgen kann. Ein US-Kongreßabgeordneter, der die Sache mit diesem Handbuch ans Tageslicht brachte, nennt diese Schrift eine *„Ermutigung zum Terrorismus"*.**

**In der Terrorismusanleitung wird der Aufbau von Contra-Einheiten gelehrt, es gibt Anweisungen für das Sprengen von Gebäuden, Anleitungen für Erpressungsakte und Ratschläge für das Anheuern von Berufskriminellen für *„Sonderaufgaben"*.**

**Auch Maßnahmen, die die Contras nach der militärischen Einnahme einer Ortschaft durchführen sollen, sind detailliert beschrieben: *„Zerstört die Einrichtungen des Militärs und der Polizei und führt die Überlebenden auf einen Platz (...) haltet ein öffentliches Tribunal"*, auf dem die Sandinisten und ihre Sympathisanten *„beschämt, lächerlich gemacht und erniedrigt"* werden. Wenn es zu Demonstrationen gegen die Regierung kommt, sollen Berufsverbrecher angeworben werden, um Zwischenfälle zu provozieren, bei denen Menschen getötet und damit *„Märtyrer für die Sache geschaffen werden"*. So weit einige Ratschläge aus Washington. Die Bilder hier stammen auch aus der Terrorismusanleitung.**

B) ENCENDER CON LA OTRA MANO EL TRAPO
C) LANZAR INMEDIATAMENTE LA BOTELLA ENCENDIDA CONTRA EL OBJETIVO, CON FUERZA SUFICIENTE PARA QUE SE ROMPA AL HACER IMPACTO.
POLICIA

**„Die angesteckte Flasche sofort werfen, genügend kräftig, damit sie beim Aufprall zerschellt"**




**„Nägel vor die Reifen geparkter Autos streuen"**




**„Die Tore der Staatsfarmen offen lassen"**



# Verhandlungen in El Salvador

## Doch der Krieg geht weiter

**Die Regierung Duarte und die salvadorianische Befreiungsbewegung haben nach jahrelangem Krieg erstmals Verhandlungen miteinander aufgenommen. Nach der ersten Verhandlungsrunde ist ein weiterer Termin für Mitte November vereinbart worden — der Krieg in El Salvador geht weiter.**

Der salvadorianische Präsident José Napoleon Duarte hat einen 10-Punkte-Vorschlag vorgelegt, über den im Beisein des Erzbischofs von San Salvador, Arturo Rivera y Damas in einer Kirche gesprochen wurde. Fünf Vertreter der Befreiungsfront Farabundo Marti (FMNL) sowie der politischen Organisation des Widerstands, der FDR, kamen zu den ersten Verhandlungen. Konkrete Ergebnisse gab es noch nicht. Vor allem stellte Duarte klar, daß er den Vertretern der Befreiungsbewegung keine sofortige Regierungsbeteiligung angeboten habe.

Duarte steht während seiner Verhandlungsoffensive unter starkem Druck der extremen Rechten in El Salvador. Der Führer der faschistischen ARENA-Partei, Roberto d'Aubuisson, Führer der berüchtigten Todesschwadronen, setzt weiter uneingeschränkt auf die militärische Karte und die Verbündeten in den USA. „Kasperlspiel" nannte er die Verhandlungen und „eine politische Pantomime".

Die Verhandlungsdelegation von FMLN und FDR gab sich skeptisch. Zwar nannte sie die Verhandlungen einen „ersten Schritt eines Dialogs in einer schwierigen und komplizierten Situation", es sei jedoch noch „ein weiter Weg" zu gehen. Wie Sprecher der Verhandlungsdelegation der Guerilla mitteilten, haben sie als erstes von Duarte die sofortige Kampfeinstellung der Regierungstruppen verlangt, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Einkommensverhältnisse, der Wohnungsverhältnisse, des Gesundheits- und Erziehungswesens. Ein Waffenstillstand — oder gar die Niederlegung der Waffen ist kein Thema für die FMNL. Zu Recht, wie eine erneute Offensive der Regierungstruppen zeigte, die mit 5000 Mann gegen befreite Gebiete losmarschierte. Offensichtlich gibt es innerhalb der Herrschenden in El Salvador große Widersprüche zu den Verhandlungen. Vor allem die Armee und die in ihr mächtigen Offiziere sind auch Gegner Duartes.

So sind die Aussichten auf Fortschritte in diesen aufgenommenen Verhandlungen nicht günstig und die Beendigung des Krieges in El Salvador ist nicht in Sicht. Darum gilt weiterhin, daß ein wichtiger Beitrag für die Befreiungsbewegung in El Salvador und das unterdrückte Volk dort, die Unterstützung der Waffensammlung ist.




**Postscheck Berlin-West, 28859-107 Sonderkonto, Bankleitzahl 10010010, Freunde der alternativen Tageszeitung e.V., 1000 Berlin 65.**

### Der 10-Punkte-Vorschlag

- Dem Parlament soll eine sofortige und uneingeschränkte Generalamnestie für alle Personen vorgeschlagen werden, die direkt oder indirekt in die politische Gewalt im Land verwickelt waren.
- Die Sicherheitskräfte und der Zivilschutz sollen durch die erforderlichen Maßnahmen die Bewegungsfreiheit der Aufständischen garantieren, die sich in die Gesellschaft, in ihre Familie oder ihren Arbeitsplatz eingliedern.
- Die Gewährleistung der politischen Beteiligung aller Kreise und Gruppen, die unter Achtung der Rechtsordnung gemäß ihrer jeweiligen ideologischen Auffassungen ihre Meinung äußern oder aktiv werden.
- Den Personen, die das Land verlassen wollen, sollen unverzüglich die erforderlichen Papiere ausgestellt werden. Dasselbe soll nach Wunsch auch für ihre Angehörigen gelten.
- Den aufnahmewilligen Regierungen soll weitestgehende Unterstützung für die Erledigung der Formalitäten und die Reise der Betreffenden gewährt werden.
- Den durch die Gewalt vertriebenen Personen oder Flüchtlingen sollen die erforderlichen Garantien für eine Rückkehr an ihre Heimstätten gegeben werden.
- Die freie Beteiligung bei der Organisierung politischer Aktivitäten soll durch entsprechende Garantien gewährleistet werden.
- Dem Parlament sollen rechtliche Vorkehrungen vorgeschlagen werden, die die Einschreibung neuer politischer Parteien ermöglicht.
- Die Meinungsfreiheit und die Rechte der politischen Parteien sollen gewährleistet werden.
- Ferner sind Sonderprogramme geplant für die Versorgung der Invaliden, ihre Rehabilitation und Eingliederung in die Gesellschaft sowie Programme für die „Moralische, geistige, körperliche und kulturelle Wiederherstellung" der Personen, die durch die Gewalt beeinträchtigt wurden.

# '84 ist bald vorbei . . .

**TASCHENKALENDER — damit ihr auch 1985 auf dem laufenden seid. Ab jetzt, vorweihnachtlich und in großer Auswahl, auch zu beziehen über den RM Verlag.**

### Roter Kalender 1985 — gegen den grauen Alltag

aus dem Rotbuch Verlag. Radikales, Spontihaftes, Lustiges und Beiträge zum Thema: Utopien. 6,—DM, Bestell-Nr. 1

### Wir Frauen '85




Herausgegeben von der Demokratischen Fraueninitiative. Mit vielen Informationen und Tips zur Frauenarbeit. 8,50DM, Bestell-Nr. 2

### Frauenkalender 85

Feministisches Adress- und Handbuch. emma-nahe. 9,50DM, Bestell-Nr. 3

### 3x Friedenskalender:

Alle Friedenskalender bringen natürlich eine Menge Informationen aus der Friedensbewegung, Beiträge zu aktuellen Themen, Fotos usw.

### Friedenskalender '85




Am Kalender mitgearbeitet haben u.a. Hans Decruppe, Jo Leinen, Frank Schwalba-Hoth, Klaus Vack. 7,80DM, Bestell-Nr. 4

### Frieden '85

Lamuv Verlag. 9,50DM, Bestell-Nr. 5

### Kalender gegen den Krieg




Herausgegeben von Herbert Meyer und Bernd Weidmann. 8,—DM, Bestell-Nr. 6

### Dritte-Welt-Kalender '85

Lamuv Verlag. Herausgegeben von Arbeitsgruppen aus der Schweiz, Österreich und der BRD. 9,50DM, Bestell-Nr. 7

### Anti-AKW-Kalender

Erscheint zum achten Mal. Mit Berichten vom Widerstand gegen Atompolitik und Atomstaat. 7,—DM, Bestell-Nr. 8

### Roter Faden '85

mit Beiträgen von Dietrich Kittner, Peter Schütt u.a. DKP-nahe. Weltkreis Verlag, Bestell-Nr. 9

### Literatur Taschenkalender




aus dem Lamuv Verlag. 9,50DM, Bestell-Nr. 10

### Rock Kalender '85

Elefanten Press. 9,80DM, Bestell-Nr. 11

## Abreißkalender

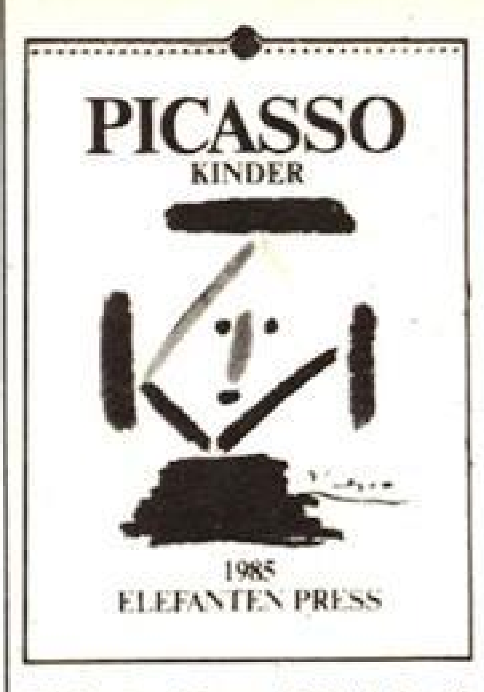
### Frauen in Lateinamerika

Fotokalender mit 12 farbigen Fotos (ca. 12x17). Nicht gedruckt, sondern im Original eingeklebt. RM Verlag. 20,—DM, Bestell-Nr. 12

### Karikatoon 1985

von Elefanten Press. Eine Satire-Anthologie für 365 Tage. 19,80DM, Bestell-Nr. 13

### Picasso-Kinder




Elefanten Press. DIN A 3, 12 farbige Abbildungen. 24,80DM, Bestell-Nr. 14

### Frauen Kalender

mit 13 Kartoons von Franziska Becker. DIN A 3. emma Verlag. Ca. 22,—DM, Bestell-Nr. 15

**Also, entschließt euch schnell, welchen oder welche ihr braucht für euch selbst und zum Verschenken. Bestellt jetzt gleich, bis zum 31. 10. Auslieferung erfolgt ab 15. November. Wie immer alle Preise zuzüglich Porto. Rabatte für Buchhandlungen geben wir nicht.**







**Ich abonniere den RM für**
- ○ 1 Jahr (30 DM) 1/2 Jahr (15 DM)
- ○ Ich schicke Verrechnungsscheck
- ○ Ich möchte Vorausrechnung

Name ..................................................

Straße ..................................................

PLZ/Ort ..................................................

**Einsenden an Verlag RM, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30**

## Parteibüros der KPD
### und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
**Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.**

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr. 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Sedanstr. 21.

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

**Sektion Westberlin**, 1000 **Berlin** 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.